

b unabhängige **auernstimme**



Eine Runde aus Schweinebauern und -bäuerinnen in der AbL hat ein Forderungspapier erarbeitet. Es geht um nichts weniger als den Umbau der Schweinehaltung im gesellschaftlichen Konsens.



Jeder Skandal um Eier lässt die durchrationalisierten, industriellen Strukturen in der Legehennenhaltung mit ihren zerstörerischen Auswirkungen auf eine bäuerliche Hühnerhaltung sichtbar werden.



Am 24. 9. wird gewählt. Die neue Bundesregierung muss sich an den AbL-Forderungen für eine bäuerliche Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz sowie eine artgerechte Tierhaltung messen lassen.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Thomsen

Bäuerliche Zukunft politisch gestalten



Die Seite 3

Wirksam für Bauer und Tier: Markt und Haltung verändern... 3



Agrarpolitik

Hühner, Milben, Gift in Eiern 4
 Die richtigen Fragen stellen 5
 Erfolge feiern - Herausforderungen benennen! 6
 Über SPD-Bande verspielt 7
 Aktenzeichen M.8084 10



Bewegung

Auf die Größe kommt es an! 8
 Solidarität mit Mensch und Natur 16
 „Der Hofladen bleibt“ 18
 Innerfamiliäre Hofübernahme - ein langer Prozess 19



Schwerpunkt

Bäuerliche Forderungen nach Berlin 11
 „Wir sind am Ende einer Entwicklung angekommen“ 12
 „Landwirtschaft neu in Szene setzen!“ 13
 Zu neuen Ideen für bäuerliche Landwirtschaft 14



Zu Besuch bei Martin Ramschulte und Franz Häußler, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Aus fernen Ländern, Seite 17; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23

Zum Titel:

Auch schon 2011 trugen Bauern und Bäuerinnen ihre Forderungen mit einer Sternfahrt vor das Kanzleramt nach Berlin. Diesmal wird es ein Bauernfrühstück mit politisch Verantwortlichen am 15. September vor dem Kanzleramt geben. Bringen wir also bäuerliche Zukunftsvorstellungen dorthin, auf geht's!



Wir haben die Wahl!

Zum dritten Mal in meinem Leben habe ich am 24. September das Recht, meine Stimme bei der Bundestagswahl abzugeben. Ein Recht, das hart erkämpft wurde. Für mich selbst ist das Wahlrecht selbstverständlich, doch noch für meine Großeltern war das keineswegs der Fall. Auch heute müssen Menschen überall auf der Welt für freie Wahlen, für demokratische Systeme und für ihre Menschenrechte kämpfen. Wahlrecht ist also ein wichtiges Gut, Politikverdrossenheit und Nichtwählen sind dekadent. Politik und Wahlen liegen in unseren Händen!

Bei dieser Bundestagswahl wird auch über die Agrarpolitik der nächsten Jahre abgestimmt. Es stehen wichtige Entscheidungen an, von der Reform der EU-Agrarpolitik und deren Umsetzung in Deutschland über den Umbau der Nutztierhaltung bis hin zu Regelungen am Bodenmarkt, die bäuerlichen Betrieben eine Zukunft und Existenzgründern den Einstieg in die Landwirtschaft ermöglichen müssen.

Wir wählen nicht nur als Privatpersonen, sondern auch als Mitverantwortliche für die Kulturlandschaft, Klima und Umwelt, für Nutztiere, Wasser und Boden. Nach dem Motto „Öffentliches Geld für gesellschaftliche Leistungen“ fordern wir von der Politik, solche Landwirtschaftsformen konsequent zu fördern, die eine positive Wirkung auf Umwelt-, Tier- und Klimaschutz haben. Diese Formen der Landwirtschaft sind zukunftsweisend und müssen deshalb für die Betriebe wirtschaftlich sinnvoll sein. Damit die Rahmenbedingungen das gewährleisten, müssen sie geändert werden. Die EU-Agrarpolitik (GAP) ermöglicht schon heute, positive Leistungen der Betriebe und bäuerliche Strukturen viel stärker wertzuschätzen als das in Deutschland bisher umgesetzt wird. Die AbL fordert die Politik auf, diese Möglichkeiten für einen sinnvollen Mitteleinsatz der GAP sofort zu nutzen. Die nächste Agrarreform muss die Förderstruktur dann auch grundsätzlich zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft umgestalten.

Unsere Forderungen an die Parteien und für die kommenden Koalitionsverhandlungen sind konkret und zeigen, dass wir die Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten wollen. Im besonderen Fokus steht der Umbau der Tierhaltung. Dass er möglich ist, zeigen wir auf unseren AbL-Höfen täglich. Politische Programme der letzten Jahre waren jedoch destruktiv und trieben den Strukturbruch weiter voran. Den nötigen Umbau können Bäuerinnen und Bauern nicht alleine finanzieren. Der Bund wird ihn mit spezifischen Förderungen und in Kooperation mit den Ländern unterstützen müssen. Der Gesellschaft müssen bewusste Einkaufsentscheidungen durch Pflichtkennzeichnung tierischer Erzeugnisse ermöglicht werden, damit sie mithelfen kann, dass für Bauernhöfe tier-, menschen- und umweltgerechte Haltungssysteme attraktiv und auch wirtschaftlich sinnvoll sind. Die Milch- und Schweinepreiskrisen zeigen, wie labil die komplexen, auf den Welthandel ausgerichteten Handelssysteme sind. Auch hier nimmt die AbL die Regierung in die Pflicht, Instrumente zur Mengenreduzierung und Marktorganisation zu schaffen und im Bedarfsfall anzuwenden. Nehmen wir die Vermarktung selbst in die Hand! Lasst uns Erzeugergemeinschaften gründen und stark verhandeln!

Wir sind solidarisch mit Bäuerinnen und Bauern auf der ganzen Erde, das schätze ich sehr an der AbL. Wir fordern deshalb, weltweit die Zerstörung regionaler Lebensmittelversorgung zu stoppen und stattdessen Erzeuger_innen zu stärken und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern lokale Märkte aufzubauen. Ernährungssouveränität braucht keine Freihandelsabkommen, sondern freie Bäuerinnen und Bauern, die selbstbestimmt und unabhängig handeln können!

Am 24. September haben wir die Wahl!

Elisabeth Fresen, Hofnachfolgerin und im AbL-Bundesvorstand

Wirksam für Bauer und Tier: Markt und Haltung verändern

AbL-Forderungen zum Umbau der Schweinehaltung: Klare Ziele, verlässliche Förderung und ein Prozess gegenseitigen Vertrauens

Es wird Zeit, sich auf den Weg zu machen, den regelrechten Umbau weiter Teile der Tierhaltung, insbesondere der Schweinehaltung, hin zu mehr Tierwohl anzugehen. „Dafür brauchen wir eine Strategie, die klare Orientierung gibt, wo es hingehet und wie die Betriebe die höheren Kosten bezahlt bekommen“, führt Martin Schulz, Neuland-Schweinehalter und Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die drängenden Fragen aus. Die Veränderungen müssen mit einer wirtschaftlichen Perspektive für bäuerliche Betriebe verbunden werden. Ein AbL-Arbeitskreis zur Entwicklung der Schweinehaltung hat selbst konkrete Aufgabenfelder für ein strategisches Vorgehen benannt. Ausdrücklich wird dabei ein „zusätzlicher Finanzierungsfonds“ gefordert – kurz: deutlich mehr Geld, um die herausfordernden und nicht zuletzt teuren anstehenden Veränderungen in der Schweinehaltung angemessen zu berücksichtigen.

Schlüssig finanzieren

Denn gerade die ausreichende Finanzierung des Prozesses ist eine der größten und bislang auf bundespolitischer Ebene ungeklärten Baustellen. So stellte das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) im Juni 2017 seine Nutztierhaltungsstrategie vor, u.a. die AbL kritisierte jedoch: Es fehlten klare Ziele, wie z. B. dass in der Schweinehaltung der Ringelschwanz dran bleibt. Die Finanzierung will das BMEL weitgehend dem Markt überlassen, z. T. ist angedacht, bestehende Fördergelder umzuschichten. Dazu merkte auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik des BMEL, Professor Dr. Harald Grethe, in einem Interview mit dem Agrarinformationsdienst AgraEurope an, dass die Zielbestimmung und die Zeitpläne sowie eine schlüssige Finanzierung bei weitem nicht hinreichend bewältigt würden.

„Die Strategie muss auf drei Säulen fußen“, schildert Schulz die Knackpunkte, die miteinander verzahnt ein wirksames Vorgehen ergeben: „Kennzeichnung, verlässliche finanzielle Anreize sowie klare ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen – wenn auch da eine Finanzierung, ein staatlich unterstütztes Konzept dahinter steht, was den Betrieben die Umstellung ermöglicht.“ Der AbL-Arbeitskreis benennt als übergreifende Aufgabe, einen Konsens zwischen Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zu den wesentlichen Anforderungen des Tier- und Umwelt-

schutzes in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu finden, möglichst auch in Absprache mit den benachbarten EU-Ländern. Auf dieser Grundlage müssten die „zentralen Zielmarken des Ordnungsrechts“ geklärt und mit festen Zeiträumen verbindlich festgesetzt werden: Bis wann muss die Haltung so umgebaut sein, dass auf das Kupieren des Ringelschwanzes generell verzichtet werden kann? Wie viel Platz pro Tier muss mindestens vorhanden sein? Werden eingestreute Liegebereiche Pflicht? Werden Außenklimaställe immissionsrechtlich eingestuft? Wie wird die Tierhaltung an die Fläche gebunden, z. B. durch das Düngerecht? Wie viele Tage Kastenstand für Sauen werden befürwortet?

Investitionen lenken

Darüber hinaus sollen jetzt Fehlinvestitionen vermieden werden. „Ein Stall, bei dem heute schon klar ist, dass in ihm eine Haltung zu den in zehn Jahren geltenden Grundanforderungen nicht möglich ist, darf heute nicht mehr gefördert werden.“ Politisch muss klar kommuniziert werden, dass die herkömmlichen Haltungsverfahren nicht dauerhaft akzeptiert werden – und die Betriebe dies bei Stallbauplanungen berücksichtigen sollten. Umbaumaßnahmen bestehender Ställe hin zu tiergerechten Haltungssystemen müssten hingegen entsprechend ihres erreichten Tierschutz- und Umweltschutzniveaus gefördert werden, ebenso Neubauten. Allerdings fordert die AbL, die Investitionsförderung auf Betriebe zu begrenzen, deren Stallplätze unterhalb der Auslöseschwelle für eine Umweltverträglichkeitsvorprüfung liegen, d. h. bis maximal 1.500 Mastschweine oder 560 Sauen. So würde vermieden, zu preisdrückenden Überkapazitäten am Markt und einem Überschreiten der Umweltgrenzen beizutragen.

Wo kommt das Geld her?

Doch gerade auch im laufenden Betrieb entstehen durch die tiergerechteren Haltungsverfahren erheblich höhere Kosten, die gedeckt sein müssen. Vor allem zu Beginn des Umbauprozesses wird nur ein Teil über den Markt durch höhere Erzeugerpreise zu Erlösen sein. Denn dafür muss erst eine Marktdifferenzierung u. a. über die Kennzeichnung besonderer Qualitäten aufgebaut werden. Zunächst muss also ein Teil der Mehrkosten auf den Betrieben aus anderen Quellen abgedeckt werden. Die AbL spricht sich dafür

aus, die Förderangebote der Bundesländer für besonders artgerechte Tierhaltung stark auszubauen. Durch die national mögliche Umschichtung von EU-Mitteln aus dem Topf für die weitgehend unqualifizierten Betriebsprämien in die Tierschutzförderung wäre dies zu finanzieren. Weiter gehend müsse jedoch ein neues, zweckgebundenes Finanzierungsinstrument in Form eines wirtschaftsfinanzierten Fonds eingerichtet werden. Vorbild dafür könne die Herangehensweise der Brancheninitiative Tierwohl sein. Auf diese Weise könnten die unterschiedlichen Grade artgerechter Tierhaltung auf den Betrieben ergänzend und individueller honoriert werden. Der Bund muss dafür die gesetzliche Grundlage schaffen und dafür sorgen, dass alle Akteure verantwortlich eingebunden sind. Für eine zügige aussagekräftige Kennzeichnung der Haltungsbedingungen setzt sich die AbL für ein staatliches zweistufiges Tierschutz-Label ab 2018 ein. Ein stärker differenzierter Ansatz sei nicht sinnvoll, weil jede Stufe den Aufbau einer eigenen Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Verkaufskette erfordere. Neben dem gesetzlichen Standard entstände so eine Premiumstufe mit einem hohen Maß an Tierwohl wie bei Neuland und eine Einstiegs- oder Übergangsstufe. Untereinander müssten diese drei Ebenen nachvollziehbar voneinander abgegrenzt sein. „Eine klare Kennzeichnung ist unbedingt nötig“, betont Schulz, „aber nicht allein in der Lage, die nötigen

Veränderungen in Gang zu bringen. Das ist wichtig zu verstehen. Nur im Zusammenhang wird das funktionieren und werden die Betriebe durch Vertrauen in den Prozess und gegebene Planungssicherheit in die Lage versetzt, sich da hineinzuheben.“

Vertrauen nötig

Als weitere Aufgabefelder benennt der AbL-Arbeitskreis den Ausbau einer kompetenten Beratung, dringend notwendige Genehmigungsgrundlagen für tiergerechte Außenklimaställe sowie die Bündelung der Schweinehalter, um die Erzeugungsmengen im Griff zu behalten. Nicht zuletzt bedarf es parallel einer Qualifizierung der Außenhandelsbedingungen. Die Standards des Tier- und Umweltschutzes müssen EU-weit angehoben werden, Importe den gleichen Anforderungen unterworfen werden. „Solange und weil es bei der Umsetzung des Tierschutzes in der EU mehrere Geschwindigkeiten gibt, muss eine Kennzeichnung über die Haltungsverfahren und das Herkunftsland eingeführt werden.“ Ein Haufen Arbeit. „Extrem wichtig ist darum, einen politischen Konsens zu erreichen“, mahnt Schweinehalter Schulz, „denn nur wenn über die Parteigrenzen hinweg die Richtung klar ist, bleibt der Kurs auch bei Regierungswechseln bestehen.“ Der Arbeitskreis betont: „Die Bereitschaft zur Veränderung braucht das Vertrauen darauf, dass die gesellschaftlichen Anforderungen längerfristig Bestand haben.“ cw



Ziele, Schritte und Finanzierung für den Umbau Tierwohl klären

Foto: Weißenberg

Hühner, Milben, Gift in Eiern

Durch die Entkopplung, die Rationalisierung und die Bestandgrößen wird die Eierproduktion extrem anfällig

Ganz unabhängig von den vielfältigen Beteuerungen aus Politik und Verwaltung, das europäische Schnellwarnsystem hätte trotz in diesem Fall nachweislicher Anlaufschwierigkeiten gut funktioniert, ist es offenbar nur einem Zufall zu verdanken, dass der Einsatz von Fipronil in Geflügelställen und sein Vorkommen in Eiern und Fleisch nachgewiesen werden konnten. Auf Verunreinigungen mit Fipronil wurden Eier schlichtweg nicht untersucht. Auch die niederländischen Behörden, so die Mutmaßung des Sprechers des CVUAMEL (Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe), seien nur aufgrund von Insiderwissen durch einen Informanten auf die betrügerischen Beimischungen gestoßen. Schon im Oktober vergangenen Jahres, so der Sprecher, könnten verunreinigte Eier in den Handel gelangt sein. *Zeit online* berichtet über erste bekannte Belastungen in Belgien von Anfang Juni und den Vorwurf gegenüber den Niederlanden, man hätte dort schon seit 2016 von belasteten Eiern gewusst. In Niedersachsen weiß man sicher von belasteten Chargen im Mai. Das ergaben Untersuchungen von Rückstellproben. Ein positives Ergebnis (0,45 mg/kg) einer Rückstellprobe vom Mai, die nach dem Bekanntwerden möglicher Fipronilbelastungen untersucht worden war, lag am 8. August vor. Eine erneute Untersuchung von Eiern aus dem betroffenen Betrieb im August zeigte eine reduzierte, aber immer noch erhöhte Belastung (0,021mg/kg).

Das Wundermittel

Vor diesem Hintergrund könnte man davon ausgehen, dass das Mittel tatsächlich nur, wenn auch illegal, vor der Einstellung der Tiere, während der Desinfektion des Stalls eingesetzt worden ist. Offen bleibt die Frage wie die Milben im weiteren Verlauf der Legeperiode bekämpft wurden. Bei aktuellem Kenntnisstand gehen die zuständigen Behörden davon aus, dass Fipronil illegal dem Mittel Dekal6 beigemischt wurde. Dekal6 ein Desinfektionsmittel, das angeblich auf der Wirkung verschiedener ätherischer Öle basiert. Eingesetzt und vertrieben wurde es von der niederländischen Firma ChickFriend. Offenbar war es auch diese Firma, in der das Fipronil beigemischt wurde. Inzwischen sind zwei Manager des Unternehmens von der Staatsanwaltschaft festgenommen worden und die Homepage ist abgeschaltet.

Ein ganzes System

ChickFriend ist als Reinigungsfirma ein Baustein in einem komplexen System industrieller

Eierproduktion. Die Strukturen in Belgien, den Niederlanden, aber auch in Niedersachsen bestechen durch ihre Größe und Spezialisierung. Betriebe mit 200.000 bis 300.000 Legehennen sind die Regel. Dem Betriebsleiter steht ein am Umsatz beteiligter Berater zur Seite. Zwei- bis dreimal pro Woche werden die produzierten Eier per LKW abgeholt und ohne Stempel zu einer Großpackstelle gefahren. Hier werden circa eine Million Eier pro Tag gewogen, gestempelt und verpackt. Große Abnehmer sind die Discounter. Am Ende der Legeperiode, nicht selten durch die Packstelle koordiniert, werden Ausstallung und Desinfektion von externen Anbietern übernommen.

Rote Milbe

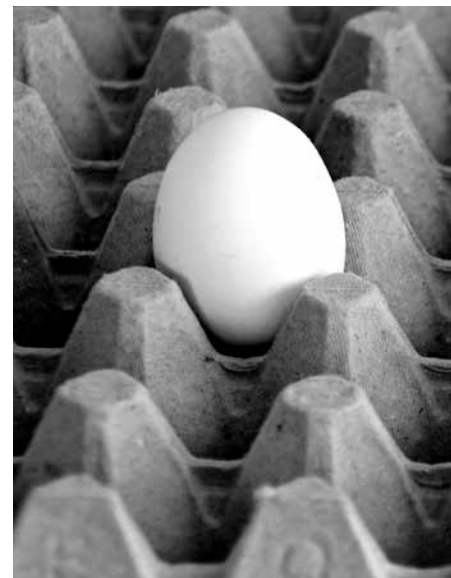
Die kleine, nur sieben bis acht Millimeter große Rote Vogelmilbe, die sich tagsüber in Ritzen in Ecken versteckt, kommt nachts und saugt das Blut der Hühner. Dies führt zu erhöhter Unruhe im Bestand, vor allem aber leidet der Gesundheitszustand der Tiere und die Legeleistung geht zurück. Hochgerechnet auf die EU soll der wirtschaftliche Schaden pro Jahr rund 130 Millionen Euro betragen, so die Wissenschaftler Van Emous und Mul. Van Emous gibt die durch die Rote Vogelmilbe hervorgerufenen Kosten in Legehennenbetrieben mit 0,29 Euro pro Legehenne und Legeperiode durch eine verringerte Legeleistung und mit 0,14 Euro für die Behandlung pro Legehenne und Legeperiode an.

Gleichzeitig, so Prof. Arndt Liebisch und Dr. Gabriele Liebisch in einer Veröffentlichung von Lohmann Tierzucht, hat sich die Bekämpfung deutlich verschärft. Neben der relativ langen Verweildauer der Hennen im Stall und der versteckten Lebensweise der Milben sind es vor allem die Einschränkungen durch Gesetze (Arzneimittelgesetz, Biozidrichtlinie, EU-Verordnungen), die den Einsatz von wirksamen Mitteln reglementieren oder untersagen. Auch nehmen die zum Teil multiplen Resistenzen von Milbenstämmen gegenüber den seit Jahrzehnten eingesetzten Wirkstoffen zu.

In kleineren Beständen und in Biobetrieben werden seit Jahren Silikatstäube zu Bekämpfung der Roten Vogelmilbe erfolgreich eingesetzt. Ihre Wirkung beruht auf rein mechanischen Faktoren. Die Milben reiben sich, wenn sie mit dem Staub bedeckt werden, ihre Gelenke auf und sterben.

Eier suchen

Anhand der Lieferpapiere und der Eiercodes lassen sich Absatzwege zurückverfolgen. Derzeit – in Niedersachsen spricht



Ist Fipronil drin?

Foto: Birgith/pixelio

man von 35,3 Millionen aus den Niederlanden gelieferten potentiell belasteten Eiern – dürfte man aber allein aufgrund der Menge an Grenzen stoßen. Erschwerend kommt hinzu, dass offenbar nicht bekannt ist, seit wann Fipronil eingesetzt wurde. Wichtig wäre das aber, um Produkte mit längerer Haltbarkeit zu identifizieren, in denen Eier oder Eiprodukte verarbeitet wurden. Viele belastete Eier dürften sich auch noch in den Kühllhäusern von Ei verarbeitenden Unternehmen finden. Diese dürfen die Eier kühlen, sie länger lagern und kaufen in der Regel, wenn die Preise, wie in den Sommermonaten, niedrig sind.

Tierschutz

Und dann sind da noch die Hühner. Sie sind „kontaminiert“, ihre Eier zumindest vorerst nicht mehr zu nutzen. Geschlachtet werden dürfen sie aber auch nicht, weil sie aufgrund des Fipronils nicht für den Verzehr geeignet sind. Für die betroffenen Betriebe eine extrem belastende existenzbedrohende Situation. Dass die offensichtlichen Verursacher des Unternehmens ChickFriend für die Schäden aufkommen, kann ausgeschlossen werden. Auch hier gilt es Lösungen zu finden, die neben den Interessen der Tierhalter auch die der Tiere berücksichtigen.

Dass das ganze Ausmaß des Skandals noch nicht erreicht sein könnte, zeigen neue Funde von weiteren illegal zugemischten Substanzen. So berichtete „Der Spiegel“ unter Berufung auf einen vertraulichen Bericht des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit von dem Nachweis des Insektenschutzmittels Amitranz in von belgischen Behörden sichergestellten Behältern mit Dekal6. Amitranz ist in der EU im Pflanzenschutz seit 2008 verboten. mm

Neonikotinoide vor Gericht

Das für Nord-Kalifornien zuständige Bundesgericht entschied, dass die Umweltbehörde EPA mit der Zulassung von insgesamt 59 neonikotinoidhaltigen Pestiziden für die Nutzung in der Landwirtschaft und Landschaftspflege zwischen 2007 und 2013 systematisch gegen das geltende Artenschutzgesetz verstoßen hat. Das Gerichtsverfahren war von Imkern, Umweltorganisationen und Konsumentengruppen angestrengt worden und läuft seit vier Jahren. Das Gericht ordnete eine Prüfung an, die klären soll, wie die Fehlentscheidung der EPA korrigiert werden kann. Umweltschützer hoffen auf eine Aufhebung der Zulassung für neonikotinoidhaltige Produkte. Derzeit wird in den USA auf über 60 Millionen Hektar neonikotinoidummanteltes Saatgut angebaut. ml

Die richtigen Fragen stellen

Die Bewertung von Neonikotinoiden ist in vollem Gang

Die Horrorszenarien sind eröffnet. Verluste von 900 Mio. Euro durch das Anwendungsverbot für Neonikotinoide prognostiziert eine Studie, die unter anderem vom Haupthersteller der betroffenen Produkte, nämlich Bayer, finanziert wurde. Die Summe errechnet sich aus den Schäden in Menge und Qualität im Raps durch den Umstand, dass die EU-Kommission 2013 verfügte, dass die drei am häufigsten eingesetzten Wirkstoffe Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin nicht mehr in Raps und Mais verwendet werden dürfen. Die Debatte brandet auf, da die EU-Kommission vorhat, das zunächst befristete und mit Ausnahmen versehene Anwendungsverbot in ein reguläres und vollumfängliches auszudehnen. Bislang durften lediglich Raps, Mais und Sommergetreide nicht gebeizt und vor der Blüte nicht gespritzt werden, in Wintergetreide und Rüben war die Anwendung an Samen und Blatt weiter erlaubt. Das Teilverbot basiert vor allem auf Untersuchungen, die einen negativen Einfluss der Mittel auf Fluginsekten und vor allem eben auch auf Bienen nachgewiesen hatten. Bienen haben zumindest gesellschaftlich einen hohen Stellenwert. Wenn sie bedroht sind, interessiert sich die Öffentlichkeit mehr dafür als für Pferdebremsen oder gar Kellerasseln. Vielleicht auch deshalb schafften die Neonikotinoide es häufig in die Tagespresse.

Überrollt

Auch die Zuckerrübenindustrie macht nun mobil, beträfe doch ein komplettes Anwendungsverbot auch sie. Bislang durften Rübenbauern Neonikotinoide unbeschränkt anwenden, da die Rüben nicht zur Blüte kommen. „Überrollt von Blattläusen“ würden die Rübenäcker, so lässt der Verband der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer verlauten und orakelte, auch mit dem Bio-Rübenanbau sei es dann vorbei, schließlich sorgten die engen Spritzfolgen der konventionellen Nachbarn vornehmlich gegen die grüne Pfirsichblattlaus doch überhaupt erst dafür, dass die Bio-Rüben wachsen können. Diverse CDU-Politiker bestritten, dass von Neonikotinoiden eine potentielle Gefahr für Bienen oder andere Kleintiere ausgehe – die größten Feinde der Biene seien Varroamilbe und Klimawandel. Sie scheiterten aber mit einem Vorstoß gegen die Verbotsspläne der EU-Kommission für die drei Neonikotinoide im EU-Umweltausschuss. Warum aber sollten die neonikotinoiden Wirkstoffe komplett verboten werden, wenn sie doch, glaubt man Hauptverdie-

ner Bayer auf seiner Homepage („beecare.bayer.com“) eigentlich noch nicht mal Bienen beeinträchtigen? Das Bayer-Argument lautet: Die Untersuchungen fanden unter künstlichen Bedingungen statt, im Freiland zähle man nicht weniger Tiere als ohne Behandlungen. Der Göttinger Entomologe Stefan Vidal kritisiert, es würden häufig die falschen Fragen gestellt. Es gehe nicht so sehr um Momentaufnahmen absoluter Mortalitätsraten, sondern um mittelbare Effekte, um Verhaltensänderungen, die über Generationen hinweg negative Folgen haben: Bienen, die keine Futterquellen mehr beschreiben können, Hummeln, die weniger Eier legen, Regenwürmer, die lethargisch und Ameisen, die aggressiv werden. Er verweist auf allgemeine Langzeituntersuchungen, die den Artenschwund bei Insekten in den letzten 18 Jahren dokumentieren – 80 % weniger Tiere fliegen heute bei uns herum.

Unterirdisch

Vidal bedauert auch, dass die „unterirdischen Lebewesen keine Lobby“ haben, Untersuchungen zu Wirkungen der Neonikotinoide im Boden bislang rar sind. Und ob das von der Industrie getragene Institut für Zuckerrübenforschung in Göttingen, das tatsächlich zu möglichen Bodeneffekten auf Rübenfolgekulturen forscht, ob seiner Nähe zu den Nutznießern der Neonikotinoide erhellende Erkenntnisse produziert, sei dahin gestellt. Jedenfalls verbleibt ein erheblicher Teil – nämlich über 90 % – der Rübenpillierung, also der mit den Insektiziden gemischten Kruste rund um den Rübensamen, im Boden. Der Nebeneffekt der Rübenbeizung, über Jahre nachhaltig Wurzelschädlinge in Schach zu halten, ist bei vielen Anbauern eigentlich nicht unerwünscht. Klar sein muss nur jedem, dass es hier um mehr geht. „Wir vergiften Insekten mit Insektiziden und wunden uns, dass die Vergiftungen wirken“, lässt sich Peter Neumann, Professor für Bienengesundheit an der Universität Bern in einer Publikation des Netzwerk-Forums zur Biodiversitätsforschung zitieren. Kristian Mantel vom NABU in NRW kommen ähnlich fatalistische Sätze über die Lippen: „So lange alles, was nicht Hauptfrucht auf dem Acker ist, ausgerottet werden soll, gibt es Kollateralschäden.“ Und da am Ende eben alles zusammenhängt, machten er und seine Kollegen bei den Biologischen Stationen in NRW nur noch „Sterbebegleitung“ bei den letzten Brachvögeln, Kiebitzen und Co. cs

Indigene in Brasilien gewinnen Landrechte

Die indigene Bevölkerung Brasiliens konnte einen wichtigen Sieg vor dem obersten Bundesgericht erringen. Der Bundesstaat Mato Grosso hatte staatliche Regierungsbehörden auf Schadenersatz von über 500 Mio. Euro verklagt, weil Gebiete des Xingú-Nationalparks sowie Schutzgebiete der Völker der Nambikwara und der Parecis nicht mehr unter staatlicher Kontrolle sondern in den 60er Jahren an die dort lebenden Ureinwohner abgegeben wurden. Die in Mato Grosso starke Agrarlobby wie auch die Bergbauindustrie wollten mit ihrer Klage erreichen, dass es in Brasilien zu einer Stichtagsregelung kommt, nach der Indigene keine Gebiete beanspruchen dürfen, die sie nicht am 5. 10. 1988 besiedelten. Den Tag des Inkrafttretens der brasilianischen Verfassung nach dem Ende der Militärdiktatur als Stichtag festzulegen würde die gewaltsame Vertreibung der indigenen Völker aus früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten negieren und einen Unrechtszustand manifestieren. cs

Genehmigung bei Geruchsverbesserung

Ein privilegiertes Bauvorhaben wie ein landwirtschaftlicher Stall zur Ferkelaufzucht kann auch dann genehmigt werden, wenn die vorhandene Geruchsbelastung von Nachbarn bereits über den Richtwerten der Geruchsemissions-Richtlinie (GIRL) liegt. Das gilt zumindest dann, wenn die Geruchsbelastung die Grenze zur Gesundheitsgefahr noch nicht überschritten hat und sie durch Inbetriebnahme des Vorhabens nicht ansteigt, sondern konstant bleibt oder sich sogar verbessert. So hat das Bundesverwaltungsgericht in einem nun veröffentlichten Urteil entschieden und den Widerruf einer erteilten Baugenehmigung durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg aufgehoben (Az. 4 C 3.16). In der Zurückverweisung an das OVG Lüneburg weist das BVerwG an, sowohl zu prüfen, ob der Landwirt alle zumutbaren immissionsenkenden Maßnahmen vorgesehen habe und ob bei einer zusammenfassenden Bewertung der gesamten Anlagen des Betreibers (Kumulation) die Grenzen zur verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung möglicherweise überschritten sind, so dass die Genehmigung mangels UVP doch zu widerrufen wäre. uj

Schweinefleisch „ohne Gentechnik“

Nachdem das lange unmöglich wirkte, kommt jetzt Bewegung auch in das Marktsegment Schweinefleisch „ohne Gentechnik“. Im Juli hatte Lidl begonnen, seine regionale Eigenmarke „Ein gutes Stück Bayern“ auf gentechnikfrei zertifiziertes Schweinefleisch umzustellen. Sukzessive soll dies auf das komplette Schweinefleisch-Sortiment ausgeweitet werden. An der Umsetzung würde das Unternehmen seit mehr als einem Jahr gemeinsam mit Lieferanten und Erzeugern arbeiten, „ein logischer nächster Schritt“, so Einkaufsleiter Jan Bock. Im August kündigte Netto an, künftig mehrere gentechnikfreie, zertifizierte Schweinefleischprodukte der Eigenmarke „Gut Ponholz“ bundesweit anzubieten. Die Umstellung der Netto-Eigenmarkenprodukte sei fest in den Unternehmenszielen verankert, erklärte Stefanie Adler von Unternehmenskommunikation. Es gehe um mehr Wahlfreiheit und Transparenz beim Lebensmittelkauf. Gegenwind bekommen die Handelsketten von der Interessensgemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN). Der Lebensmittel Einzelhandel würde auf „vermeintlichen Bürgerwünsche mit blindem Aktionismus reagieren“, so die ISN in einer Meldung. Zudem sei es ein „hohes Risiko“, für diese Nischen zu produzieren. Sie bezweifeln, dass ausreichend GVO-freie Futtermittel verfügbar seien. Dagegen spricht die wachsende Zahl der Futtermittelwerke, die gentechnikfreie Futtermittel anbieten (s. www.gentechnikfreiefuetterung.de oder www.ohnegentechnik.de). Auch das Thünen Institut hat in einer Stellungnahme für das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL 2016) dargelegt, dass Brasilien die wachsende deutsche Nachfrage nach zertifizierten nicht-gentechnisch veränderten Sojabohnen und Sojaschrot erfüllen kann. av

Erfolge feiern – Herausforderungen benennen!

Das EFN-Projekt zieht zusammen mit Praktikern, Politikern und Handel Bilanz

Einladung

Zum Abschluss des AbL-Projekts Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN) lädt das hauptamtliche Projektteam – Leiter Eberhard Prunzel-Ulrich, Anika Berner und Andreas Huhn – zusammen mit dem niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Christian Meyer, ein: Am Mittwoch, den 13. September, soll um 10 Uhr im Pavillon Raschplatz, Hannover, Bilanz gezogen werden und umrissen werden, wo zukünftige Herausforderungen im Zusammenhang mit der heimischen Eiweißfütterzeugung liegen.

Viel Wirbel rund um das Thema „Etablierung heimischer Eiweißfuttermittel“ zu erzeugen und eine Vielzahl an Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen anzusprechen war eine der zentralen Aufgabenstellungen des AbL-Projektes Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN). Hauptzielgruppe waren und sind natürlich die Bauern und Bäuerinnen! So gab es zu Beginn des Projekts Mitte 2014 sehr viele Fragen zum Anbau, im Folgejahr zum Einsatz in der Fütterung. Besonders die Vermarktung der Leguminosen und der mit Hilfe von Erbsen, Luzerne und Co erzeugten tierischen Produkte musste und muss weiterhin begleitet und gefördert werden. Informationen dazu konnten Interessierte beispielsweise auf den Feldtagen und Vortragsveranstaltungen im gesamten Flächenland Niedersachsen erhalten. Wolfgang Johanning, Milchviehhalter aus Rehden, wurde mit seinem Hof einer von 12 EFN-Demo-betrieben in Niedersachsen. Er blickt dieses Jahr auf eine GVO- und sojafreie und ausschließlich mit eigenen Eiweißkomponenten zusammengestellte Ration. „Wir haben eine Milchtankstelle, eine Hofmolkerei und bieten Produkte von dort auch bereits bei einigen Wiederverkaufsstellen an. Die Kunden schätzen die regionale Futtererzeugung. So vermarkten wir immer größere Teile unserer Milch zu einem wirklich fairen Preis selbst, sagt ein zufriedener Milchbauer Johanning. Das „zarte Pflänzchen heimischer Leguminosenanbau“ wird auf dem Betrieb jedenfalls nicht wieder herausgerissen, nur weil auf den Greeningflächen ab Januar 2018 keine Pflanzenschutzmittel angewendet werden dürfen. Dafür klappte die – ur-

sprünglich eigentlich nur zu Versuchszwecken geplante – mechanische Unkrautbekämpfung zu reibungslos. „Der fruchtbare gegenseitige Austausch zwischen ökologischen und konventionell wirtschaftenden Betrieben im EFN-Projekt und darüber hinaus ist ein wichtiger Aspekt für die Weiterentwicklung des Leguminosenanbaus in Niedersachsen“, so der Berater für ökologischen Landbau Ulrich Ebert vom Kompetenzzentrum Ökolandbau (KÖN) in Visselhövede in seinem Resümee zum Projekt.

Wie weiter?

Die Talfahrt im Anbau ist gestoppt und Erbsen oder Ackerbohnen sind auch in Niedersachsen keine Exoten mehr. Um diese Entwicklung voranzutreiben, haben die Mitarbeiter des EFN-Projektes ein umfangreiches Netzwerk aufgebaut. Die Anbaufläche der Leitkulturen Erbse und Ackerbohne hat sich von 2014 auf 2015 um ca. 80 %, von 2015 auf 2016 noch einmal um ca. 20 % gesteigert (Quelle ML, 2016). Auch 2017 bleibt die Anbaufläche der Körnerleguminosen in Niedersachsen auf dem hohen Niveau von 2016 (siehe Grafik). Dem Anstieg der Anbaufläche von Leguminosen stehen allerdings fehlende Vermarktungsstrukturen und zu niedrige „Verhinderungspreise“ der aufnehmenden Hand entgegen. Ein weiteres, damit zusammenhängendes Thema ist die Blockadehaltung einiger Futtermittelhersteller gegenüber den Körnerleguminosen. Sie gelten als physiologisch minderwertiger als Importfuttermittel wie Soja – zu Unrecht, sie sind inzwischen hauptsächlich zu ungewohnt gegenüber dem allgegenwärtigen Soja. Dagegen

gilt es „Verbündete“ auch im Futtermittelhandel zu finden – Torsten Stehr ist so jemand. Er ist bei der Stader Saatzucht eG für den Vertrieb von Schweine- und Rinderfuttermitteln und Individualmischungen am Produktionsstandort Apensen (Kapazität 100.000 t/Jahr) zuständig. Der rege Futtermittelhändler verfolgt die Entwicklung – besonders der Ackerbohne in den schweren Marschen – intensiv. „Um sowohl ackerbauliche Probleme mit Resistenzbildung und stagnierenden Erträgen (Fuchsschwanzproblematik) zu lösen als auch dem Wunsch des Verbrauchers nach GVO-freien und regionalen Produkten nachzukommen, ist die heimische Leguminose einfach super. Der Lebensmitteleinzelhandel fordert auf Erzeugerseite in immer mehr Bereichen GVO-freie Fütterung und wir können sie bieten! Konkretes Beispiel ist das Milchviehfuttermittel für DMK-Lieferanten.“ Der generelle Einsatz heimischer Eiweißträger in der Fütterung bei Rind, Schwein und Geflügel ist ohne weiteres möglich. Jedoch braucht es zukünftig noch weiteres Engagement, um die genauen Einsatzraten, Kombinationen mit anderen Komponenten usw. zu erarbeiten. Es gibt also noch genug zu tun, um die Leguminose auf ihrem verdienten Platz in der Fruchtfolge des modernen Ackerbaus zu etablieren. Milchbauer Johannings persönliche Bilanz nach drei Jahren Demobetrieb des Eiweißprojektes: „Viele gute Erfahrungen auf dem Acker, im Stall, mit den Verbrauchern und nicht zuletzt mit den Leuten, die ich über das entstandene Projekt Netzwerk kennen gelernt habe.“

Anika Berner, AbL-Projekt Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN)



Bauern und Bohnen wieder näher zusammen zu bringen, gelang dem EFN

Foto: Schievelbein

Über SPD-Bande verspielt

Nach Trilogieeinigung zur EU-Ökoverordnung wird Ratsabstimmung abgesagt

Die Zielgerade schien schon erkennbar, als der Trilog zwischen EU-Parlament, Kommission und Ministerrat Ende Juni zur neuen EU-Ökoverordnung mit einem Kompromiss abschloss. In all dem jahrelangen Reden, Ringen, Ränkespielen gab es nicht wenige Momente, in denen es auf Messers Schneide stand, ob ein Ergebnis zu Stande kommt oder nicht. Nun war es schon greifbar, eine Einigung gefunden, von der Martin Häusling, grüner Berichterstatter im Europäischen Parlament und selber Bio-Bauer konstatierte, sie bringe eine Reihe Verbesserungen gegenüber dem geltenden Bio-Recht. Importe aus Drittstaaten unterlägen künftig denselben Regeln wie EU-Erzeugnisse, was Fairness bringe, ein langfristiges Ausstiegsszenario aus der Situation der Ausnahmeregelungen für konventionelles Saatgut sähe eine Stärkung und Autonomisierung der ökologischen Pflanzenzüchtung vor, die Kontrolle würde zum Teil risikobasiert und entlaste damit den ehrlichen Biobauern und selbst in der strittigen Frage der bodengebundenen Gewächshausproduktion habe sich ein akzeptabler Kompromiss finden lassen. Sicher gäbe es – wie bei jedem Kompromiss – auch Punkte, die sich der eine oder andere Verhandlungspartner anders gewünscht hätte. In Fragen des Tiereschutzes, Tierzahlobergrenzen oder Teilbetriebsumstellungen hätte man als Parlament – auch zum Teil gegen die Öko-Verbände – strenger sein wollen.

Unerlaubte Stoffe

Am Ende reduziert sich alles nun offenbar auf ein Zünglein an der Waage. Dabei war der strittigste Punkt, die Einführung von Grenzwerten für Pestizide in Bioprodukten, vertagt worden. Aufgrund der Ungenauigkeit der jetzt gültigen EU-Ökoverordnung gibt es EU-Mitgliedsstaaten, die auf nationaler Ebene schon vor Jahren solche Grenzwerte einführt und damit zufrieden sind, dann gibt es Länder, die genau das gerne möchten, und es gibt erbitterte Gegner dieser Grenzwerte, allen voran in Deutschland. Nun sollte – so der Trilogbeschluss – die Kommission die Situation untersuchen, bevor dann in vier Jahren Schlüsse gezogen werden könnten. Ob der gleichen Ungenauigkeit in der gültigen EU-Ökoverordnung, die zur Einführung nationaler Grenzwerte in einigen Mitgliedsstaaten geführt hat, gibt es ein Konzept des Bundes ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), welches das Prozedere zum Umgang mit dem Verdacht auf unerlaubte Stoffe in Biowaren regelt und das sowohl vom europäischen Ökoer-

zeuger-Dachverband IFOAM übernommen wurde als auch inzwischen in Deutschland und anderen EU-Ländern gängige Praxis ist. Danach nimmt der Erzeuger eine erste Abwägung vor, ob er einen begründeten Verdacht für eine Kontamination mit einem unerlaubten Stoff hat, und entscheidet über die Einschaltung von Behörden.

Konkret werden

Diese zweistufige Verantwortlichkeit ist so explizit nicht in dem jetzigen Trilogbeschluss festgeschrieben. Wohl aber ergibt sich aus der Gesamtheit des Artikel 20 eine entsprechende Lesart, die darauf schließen lässt, dass die Verhandelnden so ein System wollen. Wohlwollende Menschen hätten nun darauf gesetzt, dass die EU-Mitarbeiter, die das Ganze noch auf Konsistenz und rechtliche Korrektheit überprüfen müssen, eine entsprechende Anpassung des konkreten Absatzes an den restlichen Kontext vornehmen. Skeptiker würden den zuständigen Abteilungen dabei auf die Finger schauen. Gegner des gesamten Trilogergebnisses und überhaupt einer neuen EU-Ökoverordnung hingegen nutzten den Wahlkampf in Deutschland, in dem sich die (bislang nicht inhaltlich mitdebattierende) SPD gegenüber der CDU/CSU profilieren möchte. Sie vermittelten SPD-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, Agrarminister Ullrich Gieseke und anderen SPD-Agrariern, dass der Artikel 20 so auf gar keinen Fall bleiben könne, was diese gerne aufgriffen, da sie damit gegen Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), der ja als Trilogbestandteil mitverantwortlich ist, punkten können. In der noch vor der parlamentarischen Sommerpause geplanten Abstimmung im Agrarrat, die eigentlich, da ja der Agrarrat mit am Trilogtisch gesessen hatte, eine reine Formalie gewesen wäre, hätte sich Schmidt auch aufgrund des Hendricks-Vetos enthalten. Es drohte – wieder mal – das Scheitern der neuen EU-Ökoverordnung. Die Abstimmung wurde daraufhin auf Oktober verschoben. „Die Revision der EU-Öko-Verordnung ist nicht vorbei, denn eine Einigung im informellen Trilog bedeutet noch kein neues Bio-Recht“, schrieb der BÖLW und dass er „keine Verbesserungen zum bestehenden Öko-Recht“ sehe. Das klingt nach wie vor nach genereller Kampfansage – Artikel 20 hin oder her. cs

„Ohne Gentechnik“-Milch wächst

Fast 40% der gesamten in Bayern angelieferten Milchmenge Bayerns (3,5 Mio t) wurden 2016 „ohne Gentechnik“ erfasst, so das bayerische Institut für Ernährungswirtschaft und Märkte (IEM). Davon sind gut drei Millionen Tonnen konventionell ohne Gentechnik erzeugt, plus 473.000 t Biomilch. Für 2017 prognostizieren sie weiteres starkes Wachstum und berufen sich dabei auf Molkereibefragungen. Alexander Hissting, Geschäftsführer des Vereins für Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) rechnet damit, dass bundesweit der Anteil der „Ohne Gentechnik“-Milchmenge bis Ende 2017 bei 30 Prozent liegen wird. Laut IEM gibt es erhebliche Unterschiede bei den Zuschlägen für „Ohne Gentechnik“-Milch in den verschiedenen Molkereien. Diese lägen zwischen 1,5 Cent Zuschlag pro Kilogramm bis hin zu gar keinem Zuschlag - dieser sei dann bereits im Grundpreis enthalten. Eine zusätzliche Wertschöpfung kann durch die Vermarktung von Rindfleisch ohne Gentechnik geschaffen werden. av

Goldene Faironika für Minister Meyer

Milchbäuerinnen und -bauern aus Niedersachsen ehrten Mitte Juli Landwirtschaftsminister Christian Meyer für sein Engagement in der Milchpolitik mit einer „Goldenen Faironika“ des European Milk Boards (EMB). Johanna Böse-Hartje, Landesvorsitzende des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) und Bio-Milchbäuerin aus Thedinghausen, zeichnete mit der Übergabe Meyers Einsatz für Kriseninstrumenten auf EU-Ebene aus. „Selbst konservative Milchbauern würdigen die Hartnäckigkeit, mit der er für kostendeckende Milchpreise und damit für die Zukunft der bäuerlichen Betriebe streitet.“ Die Milchkrise sei noch lange nicht ausgestanden, stimmte der Minister den Bäuerinnen und Bauern zu; die Milchviehbetriebe bekämen noch immer keine zufriedenstellenden Milchpreise ausgezahlt. Es brauche endlich wirksame Instrumente, sonst komme die nächste Niedrigpreisphase garantiert. Erstmals findet jedoch die nächste Agrarministerkonferenz (AMK) vom 27. bis 29. September im niedersächsischen Lüneburg statt - unter Federführung Meyers, der zusagte, das Thema „Faire Milchpolitik“ mit auf die Tagesordnung zu setzen. Er will an die bestehenden Forderungen der Länder erinnern und Milchbranche und Bundesregierung auffordern entsprechende Schritte zur Umsetzung einzuleiten. cw

Marktverantwortung statt Pulver-Irrsinn

Am 25. August startete eine Reihe von Milchpulveraktionen des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) begleitend zur intensiven Wahlkampfphase vor der Bundestagswahl. Anlässlich eines Auftritts von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Bad Kissingen schütteten Milchbäuerinnen und -bauern einen symbolischen EU-Milchpulverberg auf; Milchpulver wurde hoch in die Luft geblasen. Denn es geht um das, was die Bäuerinnen und Bauern „Pulver-Irrsinn“ nennen: Geld werde verpulvert, um riesige Pulvermengen einzulagern, die noch lange preisdämpfend wirken und dann den Milchviehhaltern wieder auf die Füße fallen, so der BDM. Ca. 360.000 Tonnen befinden sich aus der Milchkrise 2015/2016 in staatlicher Lagerhaltung. Die Forderung: „In der Krise Milch-Übermengen eindämmen statt übermäßig einlagern! Milchpulverberge marktunschädlich abbauen und BDM-Marktkriseninstrument als festen Bestandteil des Sicherheitsnetzes installieren!“ Die Aktionen laufen im ganzen Bundesgebiet weiter, mit Treckern, zu Fuß, mal spektakulär, mit Kundgebung, mal ruhiger – aber immer mit Pulver im Gepäck. Denn „wir halten es für inakzeptabel“, so die BDMlerinnen, „dass man ein Kriseninstrument, das seine Wirksamkeit bewiesen hat und den Betrieben über die Preiserhöhung finanziell mehr geholfen hat als jede Liquiditätshilfe, nicht als festen Bestandteil des EU-Sicherheitsnetzes installieren will“. cw

Zweifel an Glyphosat in Sachen Krebs

In einer eidesstattlichen Aussage im Rahmen eines laufenden US-Gerichtsverfahrens gegen Monsanto habe ein zuständiger Mitarbeiter der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) eingeräumt, bewusst Studienergebnisse zu Glyphosat zurückgehalten und dadurch die Bewertung durch IARC wesentlich geändert zu haben, heißt es in einem Sonderbericht der Nachrichtenagentur Reuters. Dies könne ein Grund sei, warum sich die Bewertung des IARC von den Gutachten der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) und der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hinsichtlich der Frage „wahrscheinlich krebserregend“ unterscheidet, so schlussfolgert das Infoportal Glyphosat. Aber unabhängig von der Frage, wie groß die Wahrscheinlichkeit eines Krebsrisikos durch Glyphosat ist, bleiben die negativen Auswirkungen auf die Artenvielfalt und die Tatsache, dass Glyphosat in den meisten Fällen seiner Anwendung Transmissionsriemen eines nicht nachhaltigen Ackerbausystems ist. *cs*

Leguminosen auch ohne Greening-Prämie

Das Demonetzwerk Erbse/Bohne, Lupine und Soja betont den gelassenen Umgang der Bauern und Bäuerinnen mit dem Verbot von Pestiziden auf ökologischen Vorrangflächen. „Konventionelle Mitgliedsbetriebe der Demonetzwerke Erbse/Bohne, Lupine und Soja sind darüber nicht begeistert, sehen die Bestimmung aber durchaus gelassen, weil sich der Anbau für sie auch ohne Greening-Zuschuss lohnt“, heißt es in einer Pressemitteilung. „Die Demonetzwerkbetriebe bauen in der Mehrzahl schon lange Körnerleguminosen an und schätzen ihren Nutzen auch unabhängig von einer Prämie“, kommentiert dort Ulrich Quendt, Projektleiter des Demonstrationsnetzwerkes Erbse/Bohne. „Die in den letzten Jahren gestiegenen Erntemengen von Körnerleguminosen wurden für Landhändler, Futtermischer und Verarbeiter langsam interessant.“ Inzwischen suchten Marktpartner Körnerleguminosen sowohl als gentechnikfreie Eiweißfuttermittel wie auch für Produkte in der menschlichen Ernährung, damit stiegen auch die Preise, so Quendt. *cs*

Bauern wehren sich gegen 1000er Kuhstall

Im baden-württembergischen Landkreis Sigmaringen haben lokal ansässige Bauern begonnen, sich in den Widerstand gegen einen seit zwei Jahren geplanten Kuhstallneubau mit 1000 Tierplätzen einzubringen. Anneliese Schmech vom Landesverband der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bekräftigt sie in ihren Anliegen: „Die Bäuerinnen und Bauern vor Ort müssen sich selbst aktiv diesem Plan entgegenstemmen. Denn genau sie stehen sonst durch den Flächendruck auf dem Abschlussplan, wenn sie widerstandslos geschehen lassen, was sich dieses Industrieunternehmen vorgenommen hat.“ Bauen will eine GmbH & Co. KG mit 1.000 Hektar, die sich in der Auseinandersetzung als Familienbetrieb präsentiert. Zur Zeit betreiben sie die größte Biogasanlage des Landes, haben geschäftliche Verbindungen zu Energieunternehmen und politischen Einfluss auf Gemeindeebene. Weil die Biogasanlagenförderung zusammengestrichen wird, der Güllebonus aber bleibt, sieht die AbL in Baden-Württemberg das Lebensmittel Milch zum Nebenprodukt bei der Herstellung des Substrates für die Biogasanlage degradiert. Der erforderliche Flächennutzungsplan wurde mittlerweile von der Gemeinde genehmigt. Die Widerstandsbewegung, in der sich auch die AbL als Teil einer Bürgerinitiative engagiert, lenkt die Medienöffentlichkeit auf den Fall, beobachtet aufmerksam die anstehende immissionsrechtliche Umweltsprüfung und prüft Klagemöglichkeiten. „Wichtig zu wissen ist doch: Wenn so ein Betrieb erstmal besteht, dann geht der auch nicht bankrott und wird wieder aufgelöst, falls es sich nicht rechnet“, macht Schmech deutlich, „dann gibt es Investoren und neue Leute, die ihn weiterbetreiben.“ *cw*

Auf die Größe kommt es an!

Podiumsdiskussion: Ist Bio das neue Konventionell?

Ca. 200 Besucher kamen in den Ratskellersaal Pattensen bei Hannover zur Diskussion über die landwirtschaftliche Tierhaltung. Eingeladen hatte eine Bürgerinitiative, die sich 2010 zum Widerstand gegen die Pläne eines ortsansässigen Bauern gegründet hatte, Putenmastställe für 40.000 Tiere zu errichten. In der Zwischenzeit hatten die Grünen aus Pattensen mit der Landtagsabgeordneten Regina Asendorf den Landwirt ermutigt, einen Biolegehennenstall für 12.000 Tiere zu bauen. Als der Bauantrag für diesen „zweiten Versuch“ auf dem Tisch lag, wurde die BI erneut aktiv und lud zur Podiumsdiskussion die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Maria Flachsbarth (CDU), den Bundestagsabgeordneten und umweltpolitischen Sprecher der SPD, Matthias Miersch, und den agrarpolitischen Sprecher der Grünen im Landtag, Hans-Joachim Janßen, ein. Außerdem waren auf dem Podium Harald Gabriel, Geschäftsführer des Ökoanbauverbandes Bioland in Niedersachsen, und ich, Jan Wittenberg, als Biobauer aus Mahlernten und Mitglied des Bundesvorstands der AbL. Während die Moderatorin des Abends, Carola Böse-Fischer, Ex-Wirtschaftsredakteurin der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und BI-Vorsitzende, von neuer Massentierhaltung, „Biolüge“ und „aus der konventionellen Landwirtschaft bekannten Problemen“ sprach, stellte Maria Flachsbarth wiederholt fest, man solle „nicht auf die Größe schauen“ und fragte: „Warum nicht Teilumstellung?“ Der Betrieb plante zunächst lediglich fünf Hektar umzustellen und mit Futtermist-Kooperationen zu wirtschaften. Außerdem konstatierte Frau Dr. Flachsbarth: „Sie können auch kleinere Haltungen haben, die vollkommen daneben sind“ und blieb fest auf dem Kurs unserer Regierung und ihres Chefs, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). SPDler Matthias Miersch bezeichnete die unzureichenden gesetzlichen Grundlagen als das Hauptproblem solcher Entwicklung. „Wir leben in einem kranken System und pressen alles aus Boden und Tier heraus.“ Die nächste Bundesregierung müsse dringend umsteuern und eine andere Agrarförderung durchsetzen, so sein Resümee. Hans-Joachim Janßen von den Grünen sagte, zunächst sei Bio, was die EG-Biokriterien einhielte, doch man bemühe sich um strengere Kriterien.

So nicht!

Harald Gabriel von Bioland erklärte den Anwesenden, auch wenn nicht jeder Biohof die allerhöchsten Kriterien erfülle, so sei er doch um vieles besser als ein konventioneller Betrieb. Außerdem stellte er



Genau hinsehen!

Foto: Weiland

schließlich fest, dass ein Stall, so wie er hier geplant sei, nicht mit den Bioland-Richtlinien konform gehe, auch dann nicht, wenn eine Umstellung aller Flächen durchgeführt würde. Ich hielt den ganzen Abend gegen die „Massen-Bio-Pläne“ von Frau Flachsbarth und konnte im Saal gefühlt eine Mehrheit damit hinter mir sammeln. Der ökologische Landbau habe zwar gute Antworten auf die drängenden Fragen zum Wasser-, Tier- und Artenschutz, so meine Aussage, aber es müsse die blanke Hinwendung zum Profit und zur Masse verhindert werden. Ein Stall mit 12.000 Biolegehennen kann meiner Überzeugung nach nicht regional mit Biofuttermitteln versorgt werden und ebenso wenig kann eine umweltverträgliche Düngung im Sinne des eigentlichen Gedankens des ökologischen Landbaues im Nährstoffkreislauf erfolgen. Es wurde außerdem viel über Obergrenzen der Gesamtanzahl diskutiert und festgestellt, dass ein Vorschlag in der neuen EU-Bioverordnung zur Begrenzung der Stallgröße auf 3.000 Biohennen nachträglich herausgestrichen wurde. Dies wurde von Maria Flachsbarth verteidigt und begrüßt, da sonst „keine 20 % Bio erreicht werden“ könnten. Matthias Miersch und ich verteidigten die Forderung nach Obergrenzen sowohl bei der Tierzahl als auch in der Agrarförderung mit Qualifizierung der Mittel auf gesellschaftlichen Nutzen, das Tierwohl und die Ökologie. Am Ende der lebhaften Podiumsdiskussion blieb für das zahlreiche Publikum viel Information über die Biobranche, unsere Regierung und die Hoffnung auf eine gute Lösung der drängenden Probleme nach der Wahl im Großen und für die Bauernfamilie mit ihrem eventuellen neuen Stall im Kleinen.

Jan Wittenberg, Mitglied im AbL-Bundesvorstand

Betriebsspiegel:

850 Schweinemastplätze;
5 ha Weizen, 5 ha Triticale, 20 ha Mais
und 3 ha Zuckerrüben;
Mais und die gesamte Gülle gehen in
zwei Biogasanlagen in der direkten
Nachbarschaft, das Gärsubstrat kommt
teilweise auf unsere Felder.

In den letzten Jahren könnte man meinen, das Wetter möchte die Bauern nur ärgern. Oft fällt im Frühjahr wenig Regen und zur Erntezeit hört es nicht auf. Ich kann mich noch gut erinnern, dass mein Vater die Getreidefelder an den Rändern und Ecken noch mit Sichte und Mahdhaken mähte und wir Kinder den gemähten Roggen zu Garben zusammenbanden. Später stellten wir diese mit den Garben, die der vom Lanz Bulldog gezogene Mähbinder produziert hatte, zu sogenannten Hocken zum Nachreifen zusammen. Da-

mals bekamen die aufgestellten Roggen garben auch wohl mal grüne Hauben, weil viele Körner vom Regen keimten. Irgendwann fanden auch die vertrockneten Keimlinge den Weg in die Scheune. Beim Dreschen im Winter konnte man dann den Dreschkasten in den Staubwolken kaum sehen, weil die Garben extrem verpilzt waren. Gott sei Dank konnte der Verpilzungsgrad der Körner damals wohl nicht gemessen werden und die damit gefütterten Tiere wurden meistens damit fertig.

Im Jahr 1962 kam dann der erste Mähdrescher auf unsere kleinen Getreideflächen. Bei ihm wurde das Korn direkt abgesackt, wir jüngeren Brüder konnten die schweren Säcke wohl zubinden und unser Vater, Onkel Hugo und der älteste Bruder transportierten

sie mit einer Kippkarre zum Kornboden. Der Transport der Säcke war zu dem Zeitpunkt noch Schwerstarbeit und wurde ein paar Jahre später mit Körnerschnecken und Gebläse erledigt.

In den nächsten Jahrzehnten entwickelten sich die Mähdrescher zu immer größeren und technisch ausgefeilteren Körnersammlern mit Korntanks, die heute locker zehn Tonnen fassen! Auch wir ließen bis zum vorigen Jahr mit den modernsten Dreschern im Lohn ernten – ab und zu spielte das Wetter irgendwie mit. Doch in diesem Jahr wurde bei uns in der Erntezeit der Kalender dreißig Jahre zurückgedreht. Drei nette Freunde meiner Familie und einer deren Väter als Nebenerwerbslandwirt hatten in den letzten Jahren einen Mähdrescher aus den achtziger Jahren rund-

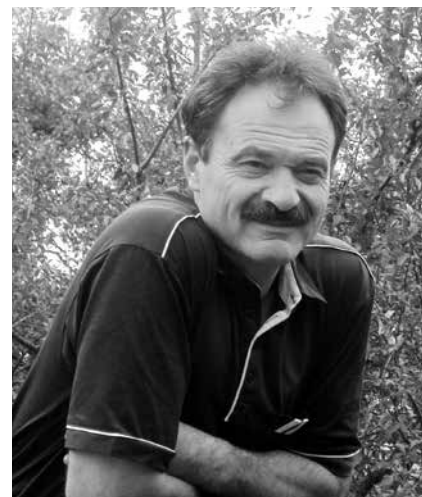
erneuert und suchten für die Ernte 2017 eine größere Getreidefläche, an der sich der John Deere 965 beweisen konnte. Mein Sohn und Hofnachfolger Christof gab den Jungs, die beruflich Maschinenbauer, Schreiner und Ingenieur im Tiefbau sind, die Chance. An einem sonnigen Feierabend sollte es losgehen. Da der Drescher eine Schnittbreite von drei Metern hat, meinten wir das Abfahren des Getreides mit unseren alten Acht-Tonnen-Kippern gut schaffen zu können. Es war eine Zehn-Hektar-Fläche, die gedroschen werden sollte – aber mittendrin um 21 Uhr setzte schon der Tau ein. So ein Pech! Die Wettervorhersagen meldeten für die nächsten Tage immer wieder Regen, aber die Drescherfahrer versprachen uns an ihrem nächstmöglichen Feierabend weiter dreschen zu wollen. Zwei Tage später ging es weiter und kurz vor dem Sonnenuntergang war der 965er so gut in Form, dass wir das Abfahren für einen Moment nicht schaffen konnten. Wenn der Mähdrescher auf den langen Enden richtig Fahrt aufgenommen hatte, war sein Motoren- und Dreschgeräusch wie die schönste Musik aus den achtziger Jahren. Wegen des – wieder einmal – unberechenbaren Erntewetters waren der kleine Drescher und sein flexibles Team in diesem Jahr genau passend für uns – die Lohnunternehmer dreschen einfach durch, wann es eben reinpasst. Die Feuchtigkeit unserer Körner lag unter 15 Prozent!

*Martin Ramschulte,
Schöppingen*

Erntearbeiten und das Wetter

In diesem Sommer war unser Hof auf der Schwäbischen Alb Station einer Exkursion der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume zum Thema „Grünland nutzen, Milch und Fleisch vermarkten“. Da habe ich mit einer Hofführung angefangen, wie ich sie egal bei welcher Gruppe mache: zuerst in den Stall zu den Milchkühen. Diese ernähren wir ausschließlich vom Grünland und Klee gras, füttern grundsätzlich kein Kraftfutter. Unser Getreide aus dem Ackerbau wird komplett als Konsumgetreide verkauft – die Kühe sind kein Nahrungskonkurrent zu uns Menschen. Die durchschnittliche Milchleistung im Stall liegt bei 5.700 kg und die Tiere werden ziemlich alt: Durchschnitt sind sieben Laktationen und die Remontierung liegt bei 15 %. Die Außenwirtschaft konnten wir gar nicht anschauen, weil wir überhaupt nicht vom Hof runtergekommen sind in den drei Stunden. Wir hatten eine rege Diskussion mit der bunt gemischten Gruppe von 32 Teilnehmenden – Bauern und Bäuerinnen, Verwaltungsmitarbeiter, Berater, u. a. Ich habe unser Betriebskonzept dargestellt und deutlich gemacht: So könnte es für alle bestehenden Milchviehbetriebe funktionieren, ohne immer mehr ins Wachstum zu gehen und sich zu verdrängen – wenn alle mit dem wirtschaften, was sie haben. Meine Vision zur Weiterentwicklung unserer Futterwirtschaft ist für die nächste Zeit die komplette Umstellung hin zum reinen Heubetrieb.

An sich ist unsere Milchviehhaltung überhaupt nichts Besonderes. Da ist auch kein toller Stall. Der ist noch aus den 70ern, aus eigenem Holz gebaut.



Wir leben gut damit

Kühe auf Grünland und Weide ist völlig normal – für viele ist genau das heute aber komplett neu. Auch dass das ökonomisch sinnvoll ist, weil die Kühe langlebig sind und wir eben nicht so viel reinstecken müssen. Wir leben gut damit. Und wir gehen nicht in Flächenkonkurrenz – denn das war auch Gesprächsthema: Wie ist es denn in so einem kleinen Dorf, wie ist das Verhältnis zu den Nachbarn, der Flächenkampf vor Ort? Wir können da ohne den Wachstumsdruck ganz entspannt bleiben. Es kommt schon vor, dass mir Flächen angeboten werden. Aber dann kann ich in aller Ruhe überlegen und gut abwägen. Liegen die Stücke nicht gut, sind zu weit entfernt, dann nehme ich sie nicht. Und sind sie zu teuer, dann sowieso nicht.

Ich habe aber auch erzählt, was nicht so gut läuft. So gibt es bei der Eingliederung von Jungtieren in die

Herde immer mal Probleme mit Verletzungen, weil wir den Tieren die Hörner lassen. Eigentlich müssten wir einen neuen Stall bauen mit viel Platz. Dafür müssten wir aber aussiedeln und das ist einfach zu teuer. Was wir aber schon gemacht haben, ist, die Anzahl der Kühe zu reduzieren: von vormals 70 auf nun 50 Tiere.

Bei der Vermarktung der Milch gehen wir ganz standardmäßig vor. Außer im Allgäu ist die Molkereisituation in Baden-Württemberg genauso unbefriedigend wie anderswo in Deutschland. Unsere Milch geht an eine Molkerei, die daraus irgendwelche Standardprodukte herstellt und über Supermärkte vertreibt. Viel individueller ist unser Hof eigentlich im Ackerbau und der Vermarktung der Erzeugnisse: Mit dem Linsenanbau sind wir Teil der Vermarktungsgemeinschaft „Alb Leisa“ und das Getreide verkaufen wir in Zusammenar-

beit mit Kollegen über die Bioland-Erzeugergemeinschaft Kornkreis. In beiden Fällen bin ich aktiv mit an der Organisation beteiligt. Die Braugerste wird hier in der Region von einer Brauerei zu Biobier verarbeitet. Insgesamt macht das für mich Bäuerlichkeit aus: auf dem Betrieb von allem was zu haben und die vielfältigen Aufgaben ineinander greifen zu lassen und selbst in der Hand zu haben. Als Risikoausgleich habe ich die Milch, auch wenn es bei einigen Kulturen auf dem Acker mal nicht so gut läuft – und andersherum.

*Franz Häußler,
Schwörzkirch*

Betriebsspiegel:

80 ha, davon 50 ha Acker; Achtgliedrige Fruchtfolge: dreijähriges Klee gras, versch. Speisegetreide und Linsen; 30 ha Grünland, davon 10 ha Weide; 50 Kühe mit Deckbulle und Nachzucht, Biogasanlage, 40 kW mit Gülle und Silageabfall für Heizung und Trocknung von Heu und Getreide; seit 25 Jahren Bioland-Betrieb

Aktenzeichen M.8084

Fusionskontrolle bei Bayer-Monsanto

Genscheren - Mutationen

Forscher an der Columbia-Universität in New York testeten die als „Genschere“ bezeichnete CRISPR/Cas9-Technik an Mäusen und fanden eine Vielzahl nicht geplanter genetischer Veränderungen. Sie reparierten das Gen, das bei den Mäusen Blindheit verursacht hatte und untersuchten danach das gesamte Erbgut der Tiere. Die Mäuse konnten zwar wieder sehen, aber an 1.500 Stellen waren sogenannte Punktmutationen aufgetreten und mehr als 100 Gene waren eingefügt oder gelöscht worden. Die Wissenschaftler glauben weiterhin an das therapeutische Potential der Genscherentechnik. Es sei aber wichtig, dass sich die Wissenschaft der möglichen Risiken bewusst sei, sagte der Co-Autor der Studie, Dr. Stephen Tsang. ml

Ende Juni meldete der Chemie- und Pharmakonzern Bayer seine geplante Übernahme von Monsanto bei der EU-Kommission an. Über 30 Wettbewerbsbehörden weltweit müssen dieser zustimmen. Mindestens sechs haben schon zugestimmt. Südafrika beispielsweise unter der Auflage, dass sich das Unternehmen aus Wettbewerbsgründen von seiner Marke Liberty-Link und dem dazugehörigen Pestizid Liberty (Wirkstoff Glufosinat) trennen muss.

Bei der Beurteilung von Zusammenschlüssen prüft die EU-Kommission u.a., ob ein „wirksamer Wettbewerb“ aufrechterhalten werden bzw. sich entwickeln kann sowie die veränderte Marktstellung der beteiligten Unternehmen. Immer weniger Saatgutkonzerne bestimmen, welche Sorten am Markt angeboten werden. Das bedeutet für Bäuerinnen und Bauern zunehmende Abhängigkeiten. Um der wirtschaftlichen Betroffenheit landwirtschaftlicher Betriebe Gehör zu verschaffen, hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) einen Antrag auf Status als Drittpartei beim Fusionsverfahren gestellt. Am 22. August hat die Kommission eine eingehende Prüfung nach Fusionskontrollverordnung eingeleitet. Bayer hatte zuvor „Zugeständnisse“ eingereicht und angeboten, Geschäftsbereiche abzustößen. Das war anscheinend nicht ausreichend. Die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager erklärte: „Wir müssen auf diesen Märkten [Saatgut und Pestizide] einen wirksamen Wettbewerb sicherstellen, so dass Landwirte

Zugang zu innovativen Produkten und einer besseren Qualität haben und Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen kaufen.“

Wem gehört das Saatgut?

Schon jetzt ist der Saatgut- und Pestizidmarkt hochkonzentriert. Neben Bayer und Monsanto wollen auch die Unternehmen DowChemical mit DuPont und ChemChina mit Syngenta fusionieren. Unter Auflagen wurden diese Vorhaben genehmigt. Kämen alle drei zustande, würden die verbleibenden drei Unternehmen ca. 44 Prozent des europäischen Saatgutmarktes und 65 Prozent des Pestizidmarktes kontrollieren. Weltweit läge der Anteil über 60 Prozent beim Saatgut und über 70 Prozent bei Pestiziden. Laut EU-Recht fängt „Marktbeherrschung“ ab 40 Prozent Marktanteil eines Unternehmens bzw. 50 Prozent-Anteil dreier Unternehmen an.

In den Bereichen Saatgut, Traits (patentierbare Eigenschaften) und Pestizide überlappen sich die Forschungs- und Entwicklungsziele von Bayer und Monsanto. Durch eine Fusion erhofft sich Bayer eine Rationalisierung durch Reduzierung doppelter Forschungs- und Entwicklungskosten. Zu befürchten ist durch die Zusammenlegung eine Reduktion der Sortenvielfalt am Markt und eine noch stärkere Ausrichtung auf profitable Eigenschaften, die in weiten Regionen Europas oder Amerikas eingesetzt werden. Regional angepasste oder nicht gewollte Sorten könnten ausgelistet werden.

Im US-Gentechnik-Zuckerrübenmarkt ist mittlerweile ein Oligopol entstanden - etwa 70 Prozent des GV-Zuckerrübensaatguts vermarktet ein Unternehmen: Die KWS-Saat AG. Immer mehr große Süßwarenhersteller in den USA wollen keinen GV-Zucker mehr verwenden, da die Bevölkerung dies zunehmend ablehnt. Eine Rückumstellung auf gentechnikfreie Rüben ist aber schwierig, da (aktuell) im US-Markt kein gentechnikfreies Saatgut angeboten wird - obwohl KWS dies durchaus könnte.

Patent-Wettbewerb?

Von den vom Europäischen Patentamt bis Ende 2015 erteilten 1.764 Patenten hält Bayer 219 und Monsanto 221. Nach einer Fusion wären das knapp 25 Prozent aller erteilten Patente. „Geistige Eigentumsrechte [dazu zählen auch Patente] könnten auch ein Hindernis für die weitere Forschung sein, obwohl sie als Weg für Innovationen verteidigt werden. Forschung muss bereits vorhandene genetische Ressourcen nutzen,

Ablauf des Kommissions-Prüfverfahrens:

Die zu prüfende Fusion Bayer-Monsanto hat das Aktenzeichen M.8084. In Phase 1 hat die Kommission 25 Werktage Zeit, den Fall zu prüfen. Diese endete am 7. August - und wurde auf den 22. August verlängert, weil die Unternehmen Zugeständnisse angeboten haben. Da die Kommission weitere Bedenken hat, folgt Phase 2 (90 Tage), in der die Kommission weitere Informationen sammelt. Es kann zu einer öffentlichen Anhörung kommen. Auch hier können die Konzerne wieder Zugeständnisse anbieten. Phase 2 endet mit Genehmigung oder Untersagung. Gegen die Kommissionsentscheidung können die Konzerne, aber auch interessierte Beteiligte, binnen 2 Monaten beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) als letzter Instanz klagen.

diese sind aber immer schwieriger zu erhalten,“ kritisierte 2009 der damalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Shutter. Bayer stellt jedoch klar, dass sie die Patentierung von Pflanzen und Tieren weiter vorantrieben werden. Hinzu kommen Cross-Lizenzvereinbarungen, die gerade die großen Konzerne im Gentechnik-Bereich eingehen. Sie dienen dazu, die Technologien anderer Anbieter nutzen zu können. Bayer hat Lizenzvereinbarungen mit Dow, DuPont und Monsanto; Monsanto zusätzlich mit Syngenta und der BASF.

Mono-Digitalisierung?

Auch im Bereich der Digitalisierung der Landwirtschaft hätte Bayer-Monsanto eine bedeutende Position. Bayer hat 2015 den kanadischen Geo-Dienstleister Zoner übernommen. Mit dessen Software können Satellitenbilder landwirtschaftlicher Flächen aus den zurückliegenden 30 Jahren analysiert werden. Bayer will die Firma Proplant übernehmen, die auf Diagnose- und Wetterwarndienste für Bauern spezialisiert ist. Per Software soll der optimale Moment und die Menge für den Einsatz von Pestiziden gesteuert werden. Bayer arbeitet auch mit dem Landmaschinenhersteller Claas zusammen. Aktuell diskutiert Claas mit Google über eine mögliche Zusammenarbeit. Monsanto baut ebenso seine Softwaresparte aus, will komplette Anbaurezepte vermarkten. Monsanto kooperiert auch mit John Deere und dem drittgrößten Landtechniker der Welt AGCO, auch hier finden Gespräche mit Google statt.

Annemarie Volling,

AbL, Netzwerk gt-freie Landwirtschaft



Widerstand gegen die geplante Bayer-Monsanto Fusion Foto: Meine Landwirtschaft



Bäuerliche Forderungen nach Berlin

AbL-Aufgabenliste für die kommende Agrarpolitik und Aufruf zum Handeln

Zur Bundestagswahl, während des Wahlkampfendspurtes, fordert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) alle „Parteien mit realer Chance zur Regierungsbeteiligung nach der Wahl“ auf, sich inhaltlich auf die drängenden Aufgaben in der Agrarpolitik vorzubereiten, um schnell wieder ins Handeln zu kommen. Die Landwirtschaft steht an verschiedenen Punkten an der Schwelle zu Veränderungsprozessen hin zu mehr Tier- und Umweltschutz. Die AbL möchte dies verbunden wissen mit neuen wirtschaftlichen Perspektiven für bäuerliche Betriebe und hat dafür einen Katalog notwendiger Maßnahmen zusammengestellt – hier in Auszügen:

Tierwohl-Umbau als Chance

„Der Umbau der Ställe zu Haltungsförmlichkeiten, in denen die Tiere ihre angeborenen Verhaltensweisen ausleben können und nicht durch schmerzhaftes Amputationen von Körperteilen den Ställen angepasst werden, muss in einer Nutztierstrategie verbindlich geregelt werden“, so die AbL. Die Förderung und das Fachrecht, insbesondere das Bau-, Tierschutz- und Umweltrecht, seien so zu gestalten, dass die heute noch bestehenden Betriebe eine wirkliche Chance bekommen, den Weg wirtschaftlich mitzugehen.

Faire Handelsbedingungen

Parallel müsse der Agrar-Außenhandel qualifiziert werden. Statt Exporten zu Niedrigpreisen, die mit Dumpingeffekten in armen Ländern den Aufbau eigener Wertschöpfungsketten behindern, sollten nur Produkte mit hoher Wertschöpfung ausgeführt werden. Insgesamt müsse viel stärker auf direkte Beziehungen zwischen Erzeugern und Bürgerinnen und Bürgern, auf regionale Märkte und den europäischen Binnenmarkt gesetzt werden. Bei Verhandlungen über Freihandelsabkom-

men zwischen zwei Wirtschaftsräumen wird das Recht eingefordert, über die Entwicklung von Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards demokratisch selbst zu entscheiden – oder die Abkommen zu stoppen.

Milchmarktregeln

Weil die Milchbauern das Risiko des Marktes alleine tragen, erkennt auch das Bundeskartellamt Marktversagen. Mechanismen, die auf Erzeugungsebene die Milchmengen koordinieren, fehlen. Die AbL fordert von der Bundesregierung Abhilfe: „Instrumente, wie eine branchenfinanzierte freiwillige Mengenreduzierung und verpflichtende Abstimmungen in den Molkereien über einen solchen ‚Bonus für Mengenvernunft‘, versetzen die Milcherzeuger in die Lage, ihren Teil der Verantwortung zur Krisenvorsorge endlich wahrzunehmen.“ Gleichzeitig müsse die Qualität der Milchherzeugung und die entsprechende Vermarktung gestärkt werden und sich an Weidehaltung, Langlebigkeit der Kühe oder einer grasbetonten, kraftfutterreduzierten Fütterung orientieren.

Zugang zu Land

Die Preise für Pacht und Landkauf steigen immens. Die Landkonzentration, auch in der Hand von Investoren, nimmt zu. Die AbL fordert die neue Bundesregierung auf, „gemeinsam mit den Ländern wirksame Regeln und Kriterien im Grundstücksverkehrsrecht, im Gesellschafts- und Steuerrecht durchzusetzen“. Bäuerliche Betriebe und junge Existenzgründer in der Landwirtschaft sollen ein Vorkaufsrecht haben, Investoren ausgeschlossen werden und eine Preisbremse für eine Orientierung am langjährigen ortsüblichen Preis sorgen. In Ostdeutschland wurden historisch und durch die Privatisierungspraxis der bundeseigenen BVVG (Bodenverwer-

tungs- und -verwaltungsgesellschaft GmbH) Großbetriebe bevorzugt. Die AbL fordert die Vergabe der noch 136.700 Hektar der BVVG transparenter und zu Gunsten kleinerer Strukturen durchzuführen. Stattfindende Anteilsverkäufe müssten der Genehmigungs- und Grunderwerbssteuerpflicht unterworfen werden.

Biodiversität und Klima

Die AbL setzt sich für eine flächendeckende Ökologisierung des Landbaus ein. Besonders umwelt- und klimaverträgliche Bewirtschaftung müsse politisch gefördert werden. Als Qualitätskriterien schlägt die AbL u. a. vor: Anbau von Leguminosen, weite Fruchtfolgen, reduzierte Bodenbearbeitung, Ackerrandstreifen, Hecken, Streuobstwiesen, Grünland, extensive Düngung, Verzicht auf Glyphosat, insekten- und wildtierfreundliche Bewirtschaftung, Zwischenfruchtanbau, ökologischer Landbau, Landschaftselemente, Tierhaltung auf Stroh, Auslauf und/oder Weidegang, ein möglichst geschlossener Betriebskreislauf.

Saatgut

Die AbL fordert den Bund auf, bundesweite Anbauverbote im Gentechnikgesetz festzuschreiben und an der Nulltoleranz bei Saatgut und gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln festzuhalten. Die neuen Gentechnikverfahren seien als Gentechnik einzustufen und zu regulieren – entsprechend dem Vorsorgeprinzip mit Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit, Risikobewertung, Zulassungsverfahren und Nulltoleranz.

Im europäischen und deutschen Saatgutrecht müsse die neue Bundesregierung für Saatgutvielfalt und unbeschränkten Zugang zu Sorten eintreten. Anstelle von Nachbaugebühren müsse ein Saatgut-

fonds eingerichtet werden, an dem sich Züchter, Saatgutkonzerne, Bäuerinnen und Bauern und der Staat beteiligen. Zu fördern seien zu gleichen Anteilen im konventionellen und ökologischen Bereich nachbau- und samenfeste sowie gentechnikfreie Züchtungsprojekte.

EU-Agrarpolitik qualifizieren

Die AbL schlägt vor, die Direktzahlungen nach dem Umfang der gesellschaftlichen Leistungen, die die Betriebe erbringen, zu bemessen. Mit finanziellem Anreiz honoriert wird so, wer gesunde Lebensmittel erzeugt, soziale Arbeitsplätze bietet, Tiere artgerecht hält, Grünland nutzt, eine vielfältige Fruchtfolge mit Leguminosenanteil beachtet, Landschaftsstrukturen erhält bzw. schafft, wirksame Maßnahmen zum Insekten-, Trinkwasser- und Klimaschutz anpackt und so einen aktiven Beitrag zur Artenvielfalt und für die Umwelt leistet. Über ein Punktesystem können entsprechende Kriterien auf Grundlage bereits vorhandener Daten erfasst und bewertet werden.

Nationaler Spielraum für eine stärker leistungs- und qualitätsorientierte Förderpolitik ist schon in der laufenden EU-Förderperiode gegeben – und sollte von der neuen Bundesregierung genutzt werden: 30 statt sieben Prozent der Direktzahlungen auf die ersten Hektare je Betrieb umschichten; 15 statt 4,5 Prozent der Direktzahlungen von der ersten in die zweite Säule zu Gunsten von Tierschutz- und Agrarumweltmaßnahmen umschichten; und insgesamt die Direktzahlungen je Betrieb auf 150.000 Euro im Jahr begrenzen. Dabei ermöglicht das EU-Recht ein gestaffeltes Vorgehen, so dass im Zuge der höheren Umschichtung schon die einzelbetrieblichen gesellschaftlichen Leistungen berücksichtigt und honoriert werden können.

„Wir sind am Ende einer Entwicklung angekommen“

Friedrich Ostendorff (Grüne) zu den notwendigen Schritten einer zukünftigen Agrarpolitik

Unabhängige Bauernstimme: Schlimme Bilder aus Schweineställen, Bio-Hennen ohne Auslauf, Fipronil, Nitrat im Grundwasser, usw. Ist die Landwirtschaft in einer Krise?

Friedrich Ostendorff: Die Landwirtschaft hat mit ihren Produkten und ihren Produktionsmethoden in der Vergangenheit einen unglaublichen Siegeszug erlebt, allerdings ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Anforderungen, den Umwelt- und den Tierschutz und die Agrarstruktur zu nehmen. Das rächt sich jetzt. Hinzu kommt eine Entfremdung, die dazu führt, dass die Bäuerinnen und Bauern die vorgebrachte Kritik an ihrer Wirtschaftsweise nicht verstehen. Wir sind jetzt am Ende einer Entwicklung angekommen, gegen die wir schon als Jungbäuerinnen und Jungbauern gekämpft und wegen der wir die AbL gegründet haben. Der Ursprung der AbL liegt ja im Widerstand gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft. Heute stehen wir vor den Trümmern des Wachse-oder-Weiche-Dogmas und sehen, wozu der Wachstumszwang in der Landwirtschaft führt.

Verschiedene Gutachten zum Tierwohl, auch des Wissenschaftlichen Beirats, haben gezeigt, dass ein Umbau der Tierhaltung notwendig ist. Welche politischen Maßnahmen sind nötig um diesen einzuleiten?

Leider hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, der sich ungern in Debatten begibt, es verpasst, die sich aus dem Gutachten seines eigenen Wissenschaftlichen Beirats ergebenden Umbauschritte anzugehen. Mit drei bis fünf Milliarden Euro wird dort die Summe beziffert, die für einen das Wohl der Tiere berücksichtigenden Umbau der Haltungsbedingungen notwendig ist. Der Minister hat jedoch bisher nur einige Millionen für Werbung angekündigt. Das reicht nicht und bringt nichts. Es braucht konkrete finanzielle Hilfen für die Landwirte, die den Umbau aus ihren Einnahmen nicht alleine finanzieren können. Der Weg aus der Sackgasse, in die der Bauernverband und eine falsche Agrarpolitik die Landwirtschaft geführt haben, ist teuer, aber möglich. Es liegt jetzt an der Politik, diesen Weg zu gehen. Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen sollte es uns das wert sein.

Wenn wir von einem Umbau der Tierhaltung sprechen, wird dies auch Aus-

wirkungen auf die Produktionszahlen haben. Brauchen wir so viel Fleisch?

Wir Grünen sind ja gebrannte Kinder, wenn es darum geht, anderen ihren Lebensstil vorzuschreiben. Auch ich werde das nicht tun. Dennoch ist klar, dass jeder von uns gehalten ist zu überprüfen, inwiefern sein Verhalten vor dem Hintergrund der Verantwortung gegenüber dem Tier und der eigenen Gesundheit akzeptabel ist. Ich gehe davon aus, dass wir den Fleischverbrauchszeit überschritten haben. Wir als Grüne sind gerne bereit mitzudiskutieren, wenn es darum geht, das Verhältnis des eigenen Lebensstils mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Landwirtschaft, Tierhaltung und Umweltschutz in Einklang zu bringen.

Welche Auswirkungen hat eine veränderte Tierhaltung auf die Exportausrichtung der Landwirtschaft?

Seit 2005 haben wir eine extreme, politisch gewollte Ausweitung der Exportmärkte zu verzeichnen. Derzeit werden 15 Prozent der in Deutschland geschlachteten Schweine außerhalb der EU vermarktet. Bei insgesamt 60 Millionen geschlachteten Schweinen führt diese Exportstrategie zu einer Überflutung des Weltmarktes. Unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten werden die Kosten gedrückt, um die Überschüsse auch in Länder exportieren zu können, in denen die Lohnkosten um ein Vielfaches geringer sind als bei uns. Dies ist nur möglich, wenn man die Umweltkosten in Form von z. B. Nitrat im Grundwasser oder Artenrückgang vergesellschaftet. Die angekündigten Kostensteigerungen beim Trinkwasser sind nur der Vorgeschmack auf das, was uns blüht, wenn wir einfach so weitermachen.

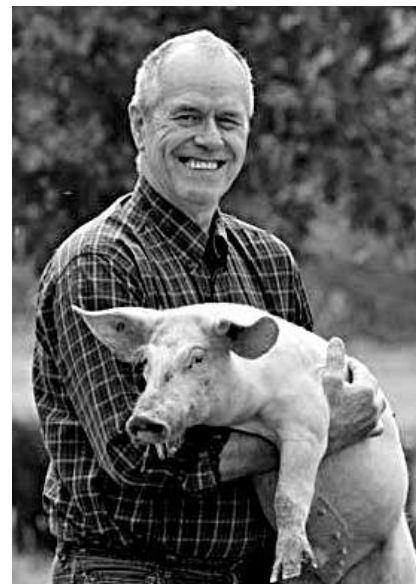
Inzwischen kann man von allen Parteien und Organisationen hören, dass die GAP zielorientierter werden muss. Trotz schon bestehender Möglichkeiten werden diese in Deutschland nur sehr zögerlich genutzt. Wo würden Sie jetzt auf nationaler Ebene ansetzen?

Bei der aktuellen Förderkulisse sind die flächenstarken Ackerbaubetriebe die Gewinner. Die Bundesregierung hat sich geweigert, die Förderung zugunsten einer sozial-ökologischen Agrarpolitik umzubauen. Wir haben uns dafür eingesetzt, 15 Prozent der Mittel aus der ersten Säule herauszunehmen, um sie zielgerichtet einsetzen zu können.

Auch sind wir dafür, die Möglichkeit einer höheren Förderung der ersten Hektare stärker zu nutzen. Über die zweite Säule muss eine verstärkte Förderung von Tierwohl möglich werden. Und wir brauchen eine Förderung bäuerlicher Strukturen. Der Erhalt der Bergbauernhöfe in Österreich zeigt uns, dass eine zielgerichtete Agrarförderung zum Erhalt von Strukturen beitragen kann. Wir müssen endlich ein klares Signal setzen: Ja, wir wollen an den heutigen Bedürfnissen ausgerichtete bäuerliche Betriebe!

Welche Forderungen haben sie für die Ausgestaltung der anstehenden GAP?

Alles wird vom Ergebnis der Bundestagswahl abhängen. Bei einem Sieg von CDU/CSU sind keine Veränderungen in der grundsätzlichen Ausrichtung der Agrarförderung zu erwarten. Ich weiß um die Distanz vieler Kolleginnen und Kollegen zu den Grünen, aber: Wir sind die einzige Partei, die sich für eine andere Förderpolitik einsetzt. Das kann jeder nachvollziehen, der sich die Initiativen der grünen Landwirtschaftsminister in den Ländern einmal vorurteilsfrei ansieht. Wir fordern ganz klar eine



Friedrich Ostendorff bewirtschaftet seinen vielfältigen 80 ha großen Familienbetrieb mit Hofladen im nordrhein-westfälischen Bergkamen nach Biolandrichtlinien. Er ist Gründungsmitglied der AbL und bei Neuland. Seit 2002 ist Friedrich Ostendorff mit einer Legislaturperiode Unterbrechung als Abgeordneter für die Grünen im deutschen Bundestag. Er kandidiert erneut für die Landesliste NRW.

Abkehr von der ersten Säule und eine Qualifizierung der Mittel zugunsten von Tierwohl- und Agrarumwelt- sowie Klimaschutzmaßnahmen. Allerdings ist mit dem Brexit auch klar, dass das Budget kleiner wird. Schon jetzt ist

zu sehen, dass vier bis fünf Milliarden Euro fehlen und es gibt weitere Begehrlichkeiten, wie z. B. eine eventuell anstehende Erhöhung des Verteidigungsetats.

Viele Bauernhöfe haben keine Nachfolger. Andererseits gibt es junge Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen. Wie bringt man diese beiden Seiten zusammen und welche Förderungen sollten ihnen angeboten werden?

Ich kümmere mich sehr stark um diesen Bereich. Ich glaube, dass es vor allem notwendig ist zu zeigen: Ihr seid gewollt! Das ist psychologisch ganz wichtig. Hofbörsen können dann dazu beitragen, Abgebende und zukünftige Bewirtschafter zusammen zu bringen. Eine ganz zentrale Rolle spielt aber immer wieder die Finanzierung der Betriebsübernahme oder auch Neugründung. Wir müssen dahin kommen, das Betriebskonzept zu beleihen anstatt die Gebäude, Flächen und das Familienvermögen heranzuziehen. Eine große Erschwernis ist die Wertsteigerung der Flächen, die in keinem Verhältnis mehr zu den auf ihnen zu erwirtschaftenden Erträgen steht.

Ökoprodukte sind weit verbreitet. Die Nachfrage bei den Verbrauchern steigt. Gleichzeitig verändern sich die Strukturen auf der Seite der Produzenten. Welche Gefahren stellt die Konventionalisierung auf Bauernhöfen und bei der Verarbeitung dar?

Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) ist der Wachstumsbereich. Hier findet eine rasante Entwicklung statt, hier werden an einem Verteilpunkt große Mengen einer gleichen Qualität gefordert. Der LEH hat eine große Wirkmacht. Eine Reduzierung nur auf Bio greift aber zu kurz. Die Kunden wollen Bio und Regional. Ich sehe hier auch eine Chance. Anstatt Schweine für China zu produzieren, kann man die höheren Kosten für eine nachhaltige Landwirtschaft am heimischen Markt realisieren. Gleichzeitig ist klar, dass der LEH Bio und Regional anbietet, weil er Geld verdienen will, nicht weil er die Zusammenhänge verstanden hat und fördert. Schwierig bleibt vor diesem Hintergrund, dass sich die Vertreter des LEH der Diskussion leider oft entziehen und Verantwortung für den Entwicklungspfad der Höfe ablehnen.

Vielen Dank für das Gespräch! mn

„Landwirtschaft neu in Szene setzen!“

Anforderungen an die Agrarpolitik vom CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Georg von der Marwitz

Unabhängige Bauernstimme: Inzwischen herrscht partei- und organisationsübergreifend Einigkeit, dass die GAP zielorientierter werden muss. Wenn es allerdings nationale Möglichkeiten gab, wie die Erhöhung der Umschichtung von der ersten in die zweite Säule oder eine Erhöhung der Förderung der ersten Hektare, scheiterten die Versuche jedes Mal. Wo würden Sie ansetzen, wenn es um Ausgestaltungsfragen in der Agrarpolitik geht?

Hans-Georg von der Marwitz: Aus den Erfahrungen der letzten Reform muss man grundsätzlich feststellen, dass die Novellierung der GAP einer Sisyphusarbeit gleicht. Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Allerdings scheint heute, auch über Fraktions- und Landesgrenzen hinweg, die Bereitschaft größer zu sein, mehr Vielfalt und mehr Gestaltung im ländlichen Raum zu fördern. Die Zahlungen der ersten Säule sind öffentliche Gelder, die momentan nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Zukünftig muss es mehr Gegenleistungen für die Allgemeinheit geben. Wir müssen stärker das Ohr an der Gesellschaft haben. In diesem Sinne gilt es, Landwirtschaft neu in Szene zu setzen. Schließlich stellt sich die Frage, was die Mittel der ersten Säule bewirkt haben und bewirken. Vor allem haben sie in den Dörfern Ostdeutschlands den negativen strukturellen Veränderungsprozess beschleunigt. Die Mittel wirken sich direkt auf die Liquidität der Betriebe aus und sorgen dafür, dass das Wirtschaften verstärkt mit Blick auf die Subventionen ausgerichtet wird. Eine lähmende oder gar rötende Wirkung auf Innovationen und unternehmerische Marktorientierung. Eigentlich sollten Subventionen nur ein Anschlag sein und irgendwann auslaufen. Solange die GAP an ihren jetzigen Strukturen festhält, entfaltet sie eine Klammerkraft an jeden Hektar.

Es wäre aber auch zu einfach gedacht, alles von der ersten in die zweite Säule zu übertragen. Auch zukünftig muss die Landwirtschaft den ersten Zugriff auf die Mittel der zweiten Säule bekommen vor den Kommunen und Verbänden.

Meine Erfahrung ist, dass zu wenige Projekte der ländlichen Entwicklung einen unternehmerischen Charakter aufweisen. Was ist gewonnen, wenn das neue, EU-finanzierte Dorfgemeinschaftshaus der letzten Gastwirtschaft im Ort Konkurrenz macht? Aus meiner

Sicht gehört es zu meiner Verantwortung als Landwirt, einen Beitrag zur Gestaltung des dörflichen Lebens zu leisten. Viele Landwirtschaftsunternehmen haben leider den Blick dafür verloren. Da gilt es gegenzusteuern.

Sie haben schon bei der letzten Reform die Kappung der Direktzahlungen gefordert, in Ostdeutschland eine unpopuläre Forderung, die eben immer mit dem Blick auf die ostdeutsche Landwirtschaftsstruktur von der Bundesregierung abgelehnt wurde und wird. Wie entwickelt sich die Struktur in Ostdeutschland?



Hans-Georg von der Marwitz bewirtschaftet rund 1.000 Hektar nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus im brandenburgischen Friedersdorf zum Teil auf den ehemaligen Flächen seiner Vorfahren, die im Zuge der Zwangskollektivierung nach Bayern übersiedelten. Von der Marwitz ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter für die CDU und tritt auch jetzt wieder als Direktkandidat im Wahlkreis Märkisch-Oderland/Barnim II an.

Die spezielle Vergangenheit und die Nachwirkungen sozialistischer Strukturen haben den Konzentrationsprozess in den neuen Bundesländern zusätzlich beeinflusst. Kapitalgesellschaften und außerlandwirtschaftliche Investoren nutzen diese günstigen Umstände. Das Argument des Berufsstandes „Hektar ist Hektar, egal wer ihn bewirtschaftet“ hat gerade in Ostdeutschland zu Verhältnissen geführt, die nicht mehr akzeptabel sind. In meiner Nachbarschaft habe ich einen Betrieb mit 18.000 Hektar. Das ist die Gemarkung von mindestens 20 Ortschaften. Selbst wenn eine Fruchtfolge im Sinne der guten fachlichen Praxis eingehalten wird, führt so ein Betrieb automatisch zur Verarmung der Biodiversität, aber auch von gesellschaftlichem Leben im ländlichen

Raum. Als ortsansässiger Landwirt ver suche ich hier so vielfältig wie möglich zu wirtschaften und erwarte das von anderen im gleichen Maß. Daher wäre es ein bedenkenswerter Ansatz, die ersten Hektare mit mehr Geld zu fördern. Damit können die Landwirtschaft und der ländliche Raum konkret etwas gewinnen, denn dadurch werden vor allem kleinere, bäuerlich strukturierte Betriebe als auch Tierhaltungsbetriebe deutlich gestärkt. Es wäre ein Anfang im Hinblick auf eine Umverteilung.

Gerade in Ostdeutschland spielen die Landflucht und das Gefühl, abgehängt zu sein, bei denen, die bleiben, eine erhebliche Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung. Wie kann, wie muss auch Agrarpolitik dazu beitragen, dass diese Entwicklungen sich nicht verschärfen?

Landwirtschaft ist heute nicht mehr der Wirtschaftsfaktor Nummer eins im ländlichen Raum. Jedoch spielt sie von jeher eine wichtige gesellschaftliche Rolle. Landwirte in Familienbetrieben bestellen nicht nur den Boden, sie engagieren sich in Vereinen und Kommunalpolitik, gestalten das Zusammenleben und erhalten Arbeitsplätze. Sie denken in Generationen, jeder Einzelne fühlt sich als Glied in einer Kette und bewirtschaftet seinen Standort in diesem Sinne. Dies müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir der Anonymisierung der Agrarstrukturen in Ostdeutschland etwas entgegenzusetzen wollen. Leider geht dieses Verständnis auch unter Landwirten verloren, zu oft zählt nur noch die Größe. Deshalb müssen agrarpolitische Anreize nicht nur in Ostdeutschland geschaffen werden, sich wieder zu engagieren und Menschen in Bewegung zu bringen. Der ländliche Raum muss so ausgestaltet werden, dass dort Familien wieder gerne hinziehen und tätig werden, auch über die Landwirtschaft hinaus. Grundlage dafür ist eine funktionierende Infrastruktur, die nicht nur Straßen, sondern auch Internet, Nahverkehr und Daseinsvorsorge umfasst. Wir brauchen hier einen visionären nationalen Wurf. Andernfalls folgen auch politische Verwerfungen. Wir dürfen es gar nicht erst so weit kommen lassen, dass Leute, die sich abgehängt fühlen, den nächstbesten Radikalen wählen.

Ein weiterer Bereich, in dem Agrarpolitik auch Gesellschaftspolitik ist, ist

der Bereich der Tierhaltung. Die Gesellschaft fordert mehr Tierwohl, wie kann ein Umbau gelingen, ohne dass der Strukturwandel weiter angeheizt wird?

Auch das ist ein sehr komplexes Thema. In Sachen Tiergesundheit und artgerechte Haltung ist die Stallgröße irrelevant. Wenn wir aber sagen, es sei gemeinsamer Konsens, dass bestimmte Größenordnungen nicht mehr gewollt sind, dann müssen wir dies auch als Strukturpolitik kennzeichnen und mit entsprechenden Mitteln flankieren. Wir haben eine sehr sensibilisierte Bevölkerung und es gibt vieles an der Tierhaltung, was kritikwürdig ist. Außerdem müssen wir über unser Tun offen und transparent reden, um in der Gesellschaft neues Vertrauen für die Landwirtschaft zu gewinnen. DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer hat mit seinen zehn Thesen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft auf Fehlentwicklungen hingewiesen, aber auch Vorschläge für Verbesserungen aufgezeigt. Es wird jedoch nicht ausreichen, nur ein bisschen am Baurecht zu drehen und den GV-Schlüssel zu senken. Solche Veränderungen bedürfen langer Vorlaufzeiten, mindestens zehn Jahre, gerade bei Strukturen, die über Jahrzehnte gewachsen sind.

Was raten Sie jungen Leuten, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen?

Landwirtschaft ist wunderbar! Macht es und sucht nach Möglichkeiten, unternehmerisch aktiv zu werden. Die Innovationskraft muss wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Ich kenne Beispiele von Neugründungen hier, wo Leute auch mit zehn Hektar sehr erfolgreich sind. Wachsen oder weichen, das was bis jetzt gelehrt wird, was auch mir beigebracht wurde, ist nicht mehr zukunftssicher. Es muss mehr Wert auf Kreativität gelegt werden. Ich sage meinen Lehrlingen und Praktikanten: „Landwirtschaft ist mehr als ein Beruf, es ist Berufung und ihr müsst dafür brennen.“

Vielen Dank für das Gespräch! cs

Zu neuen Ideen für bäuerliche Landwirtschaft

Mit Kreativmethoden trafen sich Menschen mit unterschiedlichen Lebenshintergründen

Das Hofsterben nimmt Fahrt auf – ist es da eine gute Idee, einfach nur auf die Politik zu hoffen? Und Ernährung geht uns alle an – können wir es uns wirklich leisten, nur zu protestieren, aber nichts zu tun und darauf zu setzen, dass diejenigen, die die „Macht“ haben, es schon richten werden? Überall in der Wirtschaft entwickeln kreative Köpfe neue Ideen, krepeln die Märkte komplett um. Warum nicht auch in der Landwirtschaft? Könnte man vielleicht mit Kreativmethoden auf ganz neue Ideen kommen? Diese Fragen haben uns umgetrieben. Also warum nicht ein Kreativseminar organisieren, bei dem Bauern und Verbraucher zusammen überlegen, was man anders machen könnte? Wo neue Ideen entwickelt werden, praktikabel, plausibel, aber eben auch verwegen oder verrückt. „Tu was du kannst, dort wo du bist, mit dem was du hast!“ Der Plan stand schnell: ein Samstag im Juli in Luttmissen. Am Vormittag sollten Fragen geklärt werden wie „Gründe des Hofsterbens“, „Warum bäuerliche Landwirtschaft?“ und „Mit welchen Schwierigkeiten müssen wir umgehen?“, der Nachmittag war für den kreativen Prozess reserviert und die Auswertung sollte Sonntag im kleinen Kreis erfolgen. Organisationserfahrung war im Team reichlich vorhanden, auch ein Hof mit viel Platz und ein paar Rehkeulen in der Gefriertruhe. Nicht schlecht, nur Erfahrung mit Kreativmethoden hatten wir wenig. Und das bescherte uns die erste Überraschung: Als ich den Artdirektor einer Hamburger Werbeagentur nach geeigneten Kreativmethoden fragte, war der so begeistert von unserer Idee, dass er kurzerhand erklärte, er würde mitmachen.

Drei Bauern

Die zweite Überraschung ließ nicht auf sich warten. Dass die drei Bauern gleich zusagten, war nicht so erstaunlich, schließlich liegt ihnen die Zukunft der Landwirtschaft am Herzen. Aber wie kriegt man einen Unternehmer, eine Künstlerin, einen Professor für Elektrotechnik, einen Geschäftsführer aus der Wasserwirtschaft, eine Studentin, einen Softwarespezialisten, eine Rechtsanwältin, einen Hotelfachmann und den Herausgeber eines Onlinejournals dazu, sich einen ganzen Tag lang mit Landwirtschaft zu beschäftigen? Ganz einfach: fragen. So simpel hatten wir



In den Pausen gingen die Debatten weiter...

Foto: privat

uns das nicht vorgestellt, eher damit gerechnet, dass wir auch mal auf Desinteresse stoßen. Zumal unsere Ansprüche nicht eben bescheiden waren: Querdenker sollten es sein, mit möglichst unterschiedlichem Hintergrund und breit gestreuten Erfahrungen. Doch erstaunlicherweise gab's – mit einer Ausnahme – nur wenige Absagen aus Termingründen. Vielleicht auch, weil keine Organisation, keine finanzielle Förderung dahintersteckte, sondern einfach nur drei motivierte Menschen.

Es goss

Für die dritte Überraschung – Scheibenkleister – sorgte das Wetter: Es goss. Dafür gab es gleich nach dem Begrüßungskaffee und der Einführung drinnen heiße Debatten. Was genau ist bäuerliche Landwirtschaft, worin unterscheidet sie sich von einer industriellen Landwirtschaft? Während es offenbar für alle einleuchtend war, dass Bäuerlichkeit mit Liebe zu tun hat, gab es lebhaftere, auch kontroverse Diskussionen darum, warum kleine Höfe wichtig sind und ob nicht große Betriebe dasselbe leisten können. Die Frage, ob man auch 1.000 Kühe lieben könne, stand verblüffenderweise im Raum – alle waren so engagiert, dass selbst bei Rehragout und Rhabarbercreme weiter debattiert wurde. Nach dem Mittagessen

ging es in die Kreativphase, die methodisch zum Beispiel Perspektivwechsel verlangte. Mit dem Fokus, Geld auf die Höfe zu bringen, sollten die Fragen „Wie können Produkte aus bäuerlicher Landwirtschaft vermarktet werden?“ und „Wie können Bauern und Verbraucher verknüpft werden?“ z. B. aus der Sicht eines Bodybuilders, eines Genies oder des Zauberers Mirakulix angegangen werden. Das Resultat: mehr als 150 ungewöhnliche, verrückte, aber auch praktikable Ideen, vom Bodenparfüm und den Glücksprodukten von glücklichen Schweinen über den Verkauf von Herzkartoffeln bis zur Kooperation mit Fernsehköchen und zur Eröffnung eines Ladens „Direkt vom Erzeuger“ in der Stadt.

Am Sonntag wurden alle Ideen bewertet und eingeordnet nach den Kriterien gewöhnlich/ungewöhnlich, machbar/nicht machbar und wenig Aufwand/hoher Aufwand. Wichtig: Nicht immer ist sofort offensichtlich, welcher dieser „Rohdiamanten“ tatsächlich Potential hat. Dazu müssten sie erst weiter ausgearbeitet und in Praxistests geprüft werden.

Zu kurz

Auch unsere Idee des „Kreativ-Workshops“ hat seinen ersten Praxistest absolviert. Das Ergebnis: ungewöhnlich,

praktikabel, hoher Aufwand. Und natürlich gibt's Optimierungspotential: Mit einer noch konkreteren Fragestellung, mit weniger Vorgaben und mehr Raum im Kreativteil kämen die unterschiedlichen Potentiale der Teilnehmer noch besser zum Tragen. „Die Mischung der Leute war unglaublich spannend. Ich hätte gern mehr Zeit gehabt, um mit anderen zu reden, die Pausen waren viel zu kurz!“ Und die Vorteile bäuerlicher Landwirtschaft so kurz und glasklar auf den Punkt zu bringen, dass Außenstehende es sofort verstehen, daran müssen wir – auch als AbL – noch arbeiten. Denn das Interesse ist da: „Gerade die Diskussion mit den Bauern hat mein Weltbild zu rechtgerückt und mich sehr zum Nachdenken gebracht!“, resümierte ein Teilnehmer nach dem Workshop.

Was nun folgt? Na Kunst! Schließlich sagte Vera, die Künstlerin, beim Abschied: „Ich bin mal gespannt, was ich daraus jetzt mache. Aber in jedem Fall bin ich beim nächsten Mal gern wieder dabei!“

Sibylle Bahrmann, AbLerin aus Niedersachsen

Der BGH hat nicht zu Ende gedacht

Aufbereiter müssen Sorten aufzeichnen - warum bleibt vage

Zwar hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Sachen Saatgutaufzeichnungsverordnung für Aufbereiter geurteilt und nun auch seine Begründung geliefert, so richtig erhellend ist das allerdings alles nicht. Aber noch mal zurück: Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) hatte eine Raiffeisengenossenschaft verklagt, weil sie keine Sortennamen aufzeichnete, wenn sie für ihre bäuerliche Kundschaft deren Nachbaugetreide aufbereitete. Gemäß eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) müssen zwar Aufbereiter Informationen an die STV weitergeben, wenn sie in einem qualifizierten Auskunftersuchen unter Angabe von Anhaltspunkten angefragt werden. Sie müssen aber ihre Kunden nicht nach der Sorte fragen, so der EUGH. Nun haben sich die STV bzw. die Pflanzenzüchter ein Vehikel ausgedacht, mit dem sie dieses Urteil aushebeln wollen. Sie führten gegen eben jene von der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) vertretene Raiffeisengenossenschaft ins Feld, dass Aufbereiter doch nach der Saatgutaufzeichnungsverordnung, die im Saatgutverkehrsgesetz festgeschrieben ist, dazu verpflichtet sein müssten, Sortennamen von Nachbaugetreide zu erfassen. Das Saatgutverkehrsgesetz soll, wie der Name schon sagt, die Beteiligten schützen, die mit Saatgut verkehren, also handeln. Es geht um behördliche Aufsicht und Vollzugsmöglichkeiten von Schadensersatz im Reklamationsfall. Deshalb war der Nachbau – zumindest bislang – vom Erfassungsbereich des Gesetzes ausgenommen, denn beim Nachbau behalten Bäuerinnen und Bauern

ihr Erntegut selbst, um es im nächsten Jahr wieder auszusäen, jedweder Handel ist so gar strafbar. Nach Ansicht der IGN und ihrer Anwälte findet somit ein „In-Verkehr-Bringen“ nicht statt, Aufbereiter erledigen lediglich eine Dienstleistung am niemals den Besitzer wechselnden Erntegut.

Nicht eingelassen

Nichtsdestotrotz hatten beide mit dem obigen Fall befasste Instanzen – Landgericht Mannheim und Oberlandesgericht Karlsruhe – geurteilt, dass Aufbereiter, obwohl sie nur eine Dienstleistung an der Ernte des bäuerlichen Kunden vornehmen, gemäß der Saatgutaufzeichnungsverordnung zur Erfassung von Sortennamen verpflichtet sind. Allerdings hatte das OLG ein „aber“ angefügt. Es hatte darauf hingewiesen, dass es sich beim Saatgutverkehrsgesetz um eine behördliche Anordnung handelt, die nicht privatwirtschaftlich verwendet werden darf, um Informationen abzufragen. Das heißt, laut OLG müssten die Aufbereiter zwar Sortennamen erfassen, sie müssten sie aber nicht an die STV weitergeben. Das wiederum hat nun die Revisionsinstanz, der BGH, wieder anders gesehen. Er urteilte, dass es sich sehr wohl bei der Saatgutaufzeichnungsverordnung um eine sogenannte Marktverhaltensregel handele und der Aufbereiter „zumutbare Anstrengungen“ unternehmen müsse, um die Informationen zu erfassen. Es gehe hier nicht nur um behördlichen Schutz, sondern auch um den „Schutz der Saatgutverbraucher“, schreibt der BGH, verkennend, das der Saatgutverbraucher ja hier in diesem Fall der Erzeuger ist, also er hier höchstens

vor sich selbst geschützt werden kann. Solche Aspekte ziehen sich durch die Begründung, so dass der Leser sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass die Richter sich nicht wirklich auf die Materie eingelassen haben. „Der Schutzzweck der Aufzeichnungspflicht erfasst aber auch Drittwerber, weil die Möglichkeit besteht, dass der einliefernde Landwirt außerhalb der sortenschutzrechtlichen Privilegierung des § 10a aufbereitetes Saatgut weiterveräußert.“ Auch der Satz zeugt von wenig Auseinandersetzung mit der Sache, sagt er doch tatsächlich: Nachbau muss vom Aufbereiter erfasst werden, weil der Bauer ihn ja verkaufen könnte – dass das dann Schwarzhandel und verboten ist, ist dem BGH wohl nicht so klar.

Qualifiziert fragen

Nichtsdestotrotz bleibt es ein Sieg für die STV, dass der BGH die Aufbereiter zur Aufzeichnung von Sortennamen gemäß Saatgutaufzeichnungsverordnung verpflichtet und sie diese dann auch, ohne dass wettbewerbsrechtliche Gründe das verbieten würden, weitergeben müssen. Allerdings gilt nach wie vor das EUGH-Urteil, dass nur Informationen weitergegeben werden müssen, die per qualifiziertem Auskunftersuchen mit Anhaltspunkten eingefordert werden. Da es sich bei dem eigenen Erntegut oftmals nicht mehr um reine Sorten handelt, könnte man als bäuerlicher Kunde beim Aufbereiter eine Sortenmischung zur Aufbereitung bringen. Auch wer selbst aufbereitet oder freie Sorten anbaut, ist raus auf der Aufzeichnungspflicht. cs



CRISPR-Raps aus Kiel

Ein Forschungsteam der Universität in Kiel hat mit der so genannten CRISPR-Technologie (eines der neuen Gentechnik-Verfahren) das Genom des Rapses so verändert, dass die Schoten später platzen sollen. Platzen die Schoten schon bei der Ernte, führt dies zu erheblichen Ernteverlusten. Eine Herausforderung bei der Rapszüchtung ist, dass von jedem an einer Eigenschaft beteiligten Gen, zwischen 2 und 6 Kopien vorliegen. Den Kieler Wissenschaftlern ist es nun in Laborversuchen gelungen, alle Kopien des Gens auszuschalten, das die Platzfestigkeit der Rapsschoten kontrolliert. Über chemische oder radioaktive Mutagenese sei dies bislang nicht möglich gewesen, so die Aussage der Wissenschaftler. Ob CRISPR in der EU oder in anderen Ländern als Gentechnik eingestuft und reguliert wird, darüber gibt es rechtlichen und wissenschaftlichen Streit. Für die AbL und andere gentechnikkritische Organisationen sind die neuen Gentechnik-Verfahren – nicht zuletzt weil sie neu sind und es keinerlei Erfahrung damit gibt – als Gentechnik zu regulieren. Sie müssten einer Risikobewertung und einem Zulassungsverfahren unterzogen werden, es bedarf einer Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und einem Monitoring. Die EU-Kommission schiebt die von ihr angekündigte rechtliche Einstufung seit Jahren hinaus. Derzeit ist ein EuGH-Verfahren dazu aus Frankreich anhängig – eine Entscheidung wird im Frühjahr 2018 erwartet. av



Eine klare Botschaft und eine Fuhre Mist. Pünktlich geliefert und abgekippt vorm Tagungshotel des DBV-Bauerntags in Berlin. „Wir brauchen eine moderne Agrarpolitik für die gesellschaftlich akzeptierte bäuerliche Landwirtschaft, die wertvolle Lebensmittel erzeugt und gleichzeitig Tier-, Umwelt und Klimaschutz ernst nimmt“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, an die Adresse der Bundeskanzlerin. „Viele Bäuerinnen und Bauern sind zu einem Umbau ihrer Wirtschaft bereit, sie werden aber von der Bundesregierung bisher nicht aktiv unterstützt. Weder bei der Förderpolitik noch im Fachrecht. Das muss sich ändern, damit junge Bäuerinnen und Bauern eine Perspektive bekommen, in die Landwirtschaft einzusteigen.“ Foto:(c) Gordon Welters/Greenpeace

Solidarität mit Mensch und Natur

Internationale Konferenz von La Via Campesina tagte in Europa im Baskenland

Kühe leiden unter Hitze

Bei einer anhaltenden Hitzewelle mit Rekordtemperaturen von bis zu 49°C starben nach ersten Schätzungen im Süden Kaliforniens bislang mindestens 6.000 Kühe.

Neben Wisconsin und New York gehört Kalifornien mit etwa 1,7 Millionen Milchkühen zu den Staaten mit der höchsten Milchproduktion. Die meisten Kühe werden in Intensivbetrieben mit tausenden von Tieren im extrem trockenen und heißen Süden des Central Valley gehalten. Die Farmer versuchen im Sommer die Temperaturen für die Tiere mit großen Ventilatoren oder dem feinen Wassernebel von Sprühanlagen erträglicher zu machen. Die Milchleistung ist um bis zu 20 % gefallen. ml

Vom 19. bis zum 24. Juli 2017 waren über 450 Kleinbäuerinnen und -bauern aus mehr als 70 Ländern der Welt bei der 7. Konferenz von La Via Campesina (dt.: der bäuerliche Weg) vertreten. Ziel war es, die politische Deklaration von Via Campesina zu erneuern und den Aktionsplan für die nächsten Jahre bis zur nächsten Konferenz aufzustellen. Alle vier Jahre bringt eine solche internationale Konferenz Kleinbäuerinnen und -bauern zusammen, die alle unter sehr verschiedenen Bedingungen ihrer jeweiligen Regionen aber doch mit ähnlichen Herausforderungen arbeiten. Allen gemeinsam ist der Widerstand gegen die Übermacht von Konzernen auf den zunehmend liberalisierten Märkten und der Wunsch nach einer wirtschaftspolitischen Ordnung, die ein gutes und selbstbestimmtes Leben für Kleinbäuerinnen und -bauern möglich macht.

Mitbestimmung und Solidarität

In Vorbereitung auf die Konferenz fanden sowohl eine Jugendversammlung als auch eine Frauenversammlung statt. Beide Gruppen sind wichtiger Bestandteil der Bewegung und sollen durch die extra Versammlungen gestärkt werden, um mit schon bearbeiteten eigenen Zielen in die Konferenz starten zu können. Die Jugendversammlung forderte, Jungbauern nicht nur als Zukunft anzusehen, sondern als ganz realen Teil der Gegenwart. Somit sollte ihnen auch ein Mitspracherecht bei Entscheidungen zustehen, die sowohl heute als auch morgen Auswirkungen haben können. Einer von zwei Schwerpunkten der Frauenversammlung lag auf konkreten Möglichkeiten, gegen jegliche Ge-

walt vorzugehen, die gegenüber Frauen ausgeübt wird – egal ob physisch, psychisch, verbal oder ökonomisch. Damit verbunden soll die Partizipation der Frau auch in Führungsrollen gestärkt werden. Außerdem befassten sich die Teilnehmerinnen mit der Verantwortung, die wir alle gegenüber anderen unterdrückten Minderheiten haben. Die Frauenbewegung in La Via Campesina sollte ein Startpunkt sein, um auch anderen Minderheiten, wie Migrantinnen und Migranten sowie LGBT*I (Abkürzung für: Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transsexuell/Transgender und Intersexuell) Akzeptanz, Unterstützung und Solidarität entgegenzubringen.

Bäuerliche Rechte

Die Gesamtkonferenz hatte als Leitspruch: „Wir ernähren unsere Bevölkerung. Wir bauen die Bewegung auf, um die Welt zu verändern.“ Der erste Satz bezieht sich darauf, dass Kleinbäuerinnen und -bauern mit traditionellem Wissen immer noch 80 Prozent der Weltbevölkerung ernähren. Aus diesem Grund müssen ihnen eigene bäuerliche, in politischen Prozessen zu berücksichtigende Rechte zugesprochen werden, damit den Menschen auf lokaler Ebene die Möglichkeit zur eigenen Versorgung durch Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Bildung und politischer Partizipation gegeben ist. Agrarökologie, als bäuerliches Wirtschaftsprinzip, ist dabei die Grundlage für das Streben nach Ernährungssouveränität. „Wir bauen die Bewegung auf“ bezieht sich auf die wachsende Anzahl an Bäuerinnen und Bauern, Fischerinnen und Fischern, indigenen Völkern

und Menschen aus ländlichen Gegenden, welche in La Via Campesina die Möglichkeit zu Vernetzung, gegenseitiger Stärkung und Veränderung sehen. Dabei besteht natürlich der Bedarf, die Organisationsstrukturen zu entwickeln, um die Kommunikation zu vereinfachen, aber auch um Gerechtigkeit innerhalb der Organisation zu erhalten und jede Gruppe zu Wort kommen zu lassen.

Vor Ort mit der Welt im Blick Zum großen Ziel, die Welt zu verändern, heißt es in der Deklaration, dass nie wieder Politik gemacht werden soll, in der die Stimme der Bäuerinnen und Bauern zu leise ist, um gehört zu werden. Die Welt soll sich in Richtung Solidarität mit Mensch und Natur verändern. In Deutschland haben die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Teil von La Via Campesina ist, zum Glück nicht mit gewalttätigen Übergriffen und weniger mit politischer Unterdrückung zu kämpfen als Bäuerinnen und Bauern in anderen Teilen der Welt. Doch auch hier geht es um beharrliche Arbeit, um Einfluss auf politische Prozesse zu bekommen und Veränderung mitzugestalten – die Entwicklungen in Deutschland haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den Rest der Welt. Darum muss lokal gehandelt werden, aber immer mit Blick auf internationale Zusammenhänge und die weltweite Arbeit von Bäuerinnen und Bauern.

Doro Sterz, junge AbL

Weitere Informationen und Möglichkeiten zum Engagement gibt es hier: viacampesina.org; Europäische Koordination: eurovia.org Ansprechpartner in der AbL: Paula Gioia, paula.gioia@eurovia.org



Bäuerinnen aus allen Teilen der Welt für mehr Solidarität

Foto: Via Campesina

Dicamba sorgt für Hass und Streit im Mittleren Westen

Der Stoff tötet Superunkräuter, aber er driftet auch unkontrolliert über weite Entfernungen und zerstört andere Pflanzenbestände

Felder voller Sojabohnen mit sich rollenden und welkenden Blättern, verkümmerte Pflanzen, tausende von Schadensmeldungen, erwartete Ernteaussfälle von zehn bis 100 Prozent und in einem Staat, Arkansas, ein Sprühverbot für 120 Tage – das ist das Bild, das sich in diesem Sommer in den USA bietet. Ursache der Schäden und Grund für die Wut und Frustrationen, die derzeit ländliche Gemeinden spalten, ist Roundup Ready Xtend, eine neue Generation gentechnisch veränderter Soja- und Baumwollsaaten, die sowohl gegen Glyphosat als auch gegen Dicamba resistent ist.

Handarbeit oder neue Herbizide

Gut 20 Jahre sind seit der Entwicklung der ersten gentechnisch mit Resistenz gegen Glyphosat ausgestatteten Mais-, Soja- und Baumwollsaaten vergangen. Längst haben die Unkräuter nachgezogen. Glyphosatresistente Unkräuter wie der Acker-Fuchsschwanz gedeihen inzwischen auf etwa 30 Millionen Hektar Ackerfläche. Oft kommt man diesen „Superunkräutern“ nur noch mit Hacke und Handarbeit bei. Weil es den Agrarchemiekonzernen bisher nicht gelungen ist, ein gänzlich neues, wirksames Herbizid zu entwickeln, setzte man bei Monsanto auf eine Kombination von Glyphosat mit Dicamba, einem leicht flüchtigen Stoff, der als giftige Wolke über lange Zeit und weite Strecken driften kann. Weil Dicamba alle Pflanzen vernichtet, mit denen es in Berührung kommt, setzten US-Farmer das Herbizid bislang nur im Herbst und im Frühjahr außerhalb der Wachstumsperiode ein. Eine Praxis, die zwar die Äcker vor der Aussaat von Unkräutern befreite, aber immer wieder Schäden an mehrjährigen Pflanzen wie Weinreben und Obstbäumen anrichtete.

Schäden, Klagen, Haftungsfragen

Im letzten Jahr genehmigte das US-Landwirtschaftsministerium erstmals den Anbau von Roundup-Ready-Xtend-Soja und -Baumwolle, das zugehörige und angeblich weniger flüchtige Herbizid wurde jedoch zunächst nicht freigegeben. Nachdem sie in teures Saatgut investiert hatten, sprühten viele Farmer herkömmliche Dicamba-Produkte und richteten damit zum Teil schwere Schäden an. Die Auseinandersetzung um die Haftung ist jetzt Teil einer Sammelklage. Mit der Zulassung von Roundup Ready Xtend sollte in



Viel weiter als die Spannweiten der Spritze ist der Aktionsradius von Dicamba

Foto: New Holland

diesem Jahr alles anders werden, Monsanto versprach, dass bei korrekter Anwendung keine Schäden durch Drift entstehen würden. Doch bereits im Juni häuften sich die Beschwerden und am 10. August veröffentlichte die Universität Missouri eine Schätzung, nach der in diesem Sommer bisher Feldfrüchte auf 1,25 Millionen Hektar Ackerfläche durch Dicamba in den neu zugelassenen, angeblich weniger driftenden Herbiziden geschädigt wurden. (Es ist natürlich nicht völlig auszuschließen, dass in einigen Fällen illegale Dicamba-Herbizide eingesetzt wurden.) In den USA werden etwa 36 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzt. Laut Industrieangaben stehen auf acht Millionen Hektar gegen Glyphosat und Dicamba resistente Sojabohnen, auf zwei Millionen Hektar Xtend-Baumwolle. Die Schäden sind enorm, sagt Professor Kevin Bradley von der Universität Missouri, er könne sich an keinen anderen Wirkstoff erinnern, der in der Geschichte der Landwirtschaft eine solche Zerstörung verursacht habe.

Giftige Wolken

Im Juli zogen zwei Staaten die Notbremse: In Arkansas darf für 120 Tage nicht gesprüht werden, eine Entscheidung, die Monsanto in einem Statement als „voreilig“ kritisierte. Man sei besorgt über ein Verbot mitten in der Wachstumssaison, Farmer in Arkansas würden dadurch benachteiligt. Im selben Schreiben rief Monsanto Landwirte in anderen US-Bundesstaaten auf, die jeweiligen Behörden und Politiker wis-

sen zu lassen, wie sehr sie auf das Dicamba-Herbizid angewiesen seien.

In Missouri galt eine Woche lang ein Sprühverbot, dann hatte sich das zuständige Ministerium mit Monsanto auf neue, strengere Auflagen für die Anwendung geeinigt. Die Zuwiderhandlung kann mit Strafen von bis zu 25.000 US-Dollar geahndet werden. In allen betroffenen Bundesstaaten sind die Behörden dabei, Schadensfälle aufzunehmen und die Verursacher zu ermitteln. Aber das ist ein schwieriges Unterfangen. Selbst bei Monsanto räumt man ein, dass die neue Generation der dicambahaltigen Produkte lediglich weniger flüchtig ist. Bei bestimmten Inversionswetterlagen sinkt der Giftnebel zunächst zu Boden, um Stunden später wie von Geisterhand geführt wieder aufzusteigen und dann kilometerweit mit dem Wind zu driften. Die Hersteller der dicambahaltigen Herbizide – Monsanto, Bayer und BASF – behaupten, dass eine sichere Anwendung zu bestimmten Tageszeiten möglich sei, wenn die Wetterlage richtig ist, die Windgeschwindigkeit 25 km/h nicht überschreitet, die richtigen Düsen am Sprüher verwendet werden und die Tanks vor dem Einsatz auf einem Feld mit nicht dicambaresistenten Pflanzen mit äußerster Sorgfalt gereinigt werden – schon winzige Restmengen können zu Schäden führen.

Rückschlag für die Landwirtschaft

Doch auch solche Vorsichtsmaßnahmen scheinen nicht auszureichen. In einem Interview mit dem US-Farm-Programm AgriTalk sagte Chris Chinn, Direktorin für Landwirtschaft in Mis-

souri, die Situation sei besorgniserregend, denn die Mitarbeiter ihrer Behörde hörten zunehmend auch von Subunternehmen, die auf die Anwendung von Agrarchemie spezialisiert seien: „Sie sagen: Wir haben alles nach Anweisung gemacht und wir sind trotzdem nicht sicher, ob wir nicht Schaden auf einem benachbarten Feld angerichtet haben.“ Solche kommerziellen Anwender müssten peinlich genau Buch führen und wenn sie Schwierigkeiten hätten, dann müsse man das sehr ernst nehmen. Im Kampf gegen die Superunkräuter würden die neuen Herbizide jedoch dringend gebraucht. Charlie Kruse, Farmer in der besonders betroffenen Region im Südwesten von Missouri stimmt zu: „Wir brauchen neue Herbizide, wir brauchen sie außerordentlich dringend. Aber was hier passiert, ist ein wirklicher Rückschlag für die Landwirtschaft.“ Das 120-tägige Anwendungsverbot im Nachbarstaat Arkansas hält er für richtig. „Wir hören jetzt von Schäden bei Wassermelonen, bei Bohnen, Leute mit Gärten beschwerten sich. Ich finde, wir müssen innehalten und zu einer Haltung zurückkehren, bei der wir die Ernte unseres Nachbarn mit so viel Respekt behandeln wie unsere eigene.“ Kevin Bradley von der Universität Missouri hält eine andere Entwicklung für wahrscheinlicher: Mehr Farmer werden die dicambaresistenten Sojabohnen anpflanzen. Es sei der einzige Weg, sich vor Schäden zu schützen.

Marianne Landzettel,
freie Journalistin

„Der Hofladen bleibt!“

Kundenbindung und Aufklärung sind bei Familie Rzehak ein Generationenprojekt

Für Biobetriebe lohnt sich die Direktvermarktung. Sowohl die Zahl der Kunden als auch die Umsätze steigen seit Jahren. Im konventionellen Bereich ist die Kundenzahl dagegen rückläufig. Dies ergab eine 2016 veröffentlichte Studie der AMI (Agrarmarktinformation). Jeder Hof hat seine eigene Strategie, um auf sich aufmerksam zu machen und die Kunden zu halten. Der Betrieb Rzehak setzt auf Tradition und Veränderung.

Austausch gewünscht

„Der Hofladen bleibt!“ Das war für Anne Rzehak eine Bedingung bei den Verhandlungen zur Hofübergabe an ihren Sohn. Warum? „Das lohnt sich einfach, aber auch ohne Direktvermarktung hätten wir noch Kühe“, sagt die Betriebsleiterin und nennt gleich die Gründe, die ihr noch wichtiger als die Mehreinnahmen sind: „Wir wollen das Feedback der Kunden. Wir machen diese Art der Landwirtschaft aus Überzeugung und es bringt Spaß.“

Und frei nach dem Motto „Was Spaß bringt, ist keine Arbeit“ sagt sie noch: „Ist ja sowieso Stallzeit und noch kein Feiertag, dann kann ich ja auch im Laden stehen.“ Zur hohen Arbeitsbelastung auf dem Betrieb gibt es in der Familie verschiedene Meinungen. Harald Rzehak nennt das: „Ein ungelöstes Problem.“ Sohn Yannick hätte sich aus diesem Grund fast gegen die Hofübernahme entschieden. Aber die gute Außenwirkung, die die Direktvermarktung hat, ist unbestritten. Die Kunden können jederzeit in den Stall und sehen, wie die Tiere leben.

Ein Ort zum Fragen stellen

Kundenbindung in Perfektion ist das, was Anne Rzehak macht, wenn sie mit der Kundschaft spricht. Eine kleine, lebhaft Person mit ganz viel Zeit. Jedes Thema ist willkommen. Wohin mit den männlichen Kühen und Kälbern, und warum ist die Milch in Glasflaschen besser? Sie sagt offen ihre Meinung. Das wirkt authentisch, da sie auch mit unbequemen Äußerungen nicht spart. 20 Jahre lang war ihre Schwiegermutter die Chefin im Hofladen. „Die machte das sehr gut, und als sie ab 2010 aus Altersgründen nicht mehr konnte, haben wir auch Kunden verloren.“ Inzwischen hat sich ein neuer Kundenstamm gebildet und Anne Rzehak kann inzwischen die positiven Eigenschaften ihrer verstorbenen



Ein Ort der Begegnung: Der Hofladen

Foto: Thomsen

Schwiegermutter, die es ihrer Schwiegertochter nicht immer leicht machte, anerkennen.

Der Laden öffnet an fünf Tagen in der Woche nachmittags und am Samstag vormittags und nachmittags. Wenn jemand nach Ladenschluss kommt, wird er trotzdem bedient. Anne Rzehak macht Bestellungen, den Tourenplan für die Auslieferungen, rührt Quark an und stellt die Pakete für die Solawi zusammen. Diese Solawi, eine Idee der Hofnachfolger, war Anne Rzehak zunächst etwas skeptisch. Zu Beginn dachte sie, dass dann ständig jemand auf dem Hof sein würde und mitbestimmen wolle. Das ist nicht eingetreten. „Die Leute sind sehr diskret“, sagt sie. „Es gibt Wochenenden, da kommen Solawi-Mitglieder zum Helfen, auch das ist viel angenehmer, als ich zunächst dachte. Eine Herausforderung ist jetzt, immer genug Ware für alle zu haben.“ Da die Gruppe stetig wächst, ist für die Hofladenkunden manchmal etwas zu wenig im Angebot. Besonders Fleisch und Wurst werden schnell knapp. Deshalb kreuzt der Betrieb zunehmend Fleischrassen ein und stellt auf Zweinutzungsgründ um. Es sollen in Zukunft mehr Tiere aufgezogen und vermarktet werden. Die Rinder bringt Harald Rzehak seit vielen Jahren selbst zum Schlachter und holt nach 14 Tagen das zerlegte Fleisch wieder ab.

Gibt es denn auch mal Probleme, die sich nicht so leicht lösen lassen? „Immer wieder“, sagt Anne Rzehak. „Im

Moment ist die Keimzahl in der Vorzugsmilch zu hoch. Wir suchen nach dem Fehler. Da die Rohmilch in Ordnung ist, ist die Ursache wahrscheinlich die Flaschenwaschanlage.“

Übergabe und Veränderung

Außerdem haben Alt und Jung zu vielen Dingen verschiedene Meinungen. Es gibt z. B. Diskussionen um die Preisgestaltung im Laden. „Zu billig“, sagt Sohn Yannick. „Genau richtig“, sagt die Mutter. Auch die Kühe verändern sich, sie sollen in Zukunft ihre Hörner behalten und Yannicks Freundin Anna beginnt mit der ammengebundenen Kälberaufzucht. Als weitere Neuerung ist der Aufbau einer EU-zertifizierten Hofkäseerei geplant. Hier will sich die jüngste Tochter der Rzehaks selbstständig machen und auch Schnittkäse herstellen.

Die Zusammenarbeit mit der Gläsernen Molkerei läuft zufriedenstellend und bedarf keiner Änderung. 2007 kam die Firmenleitung selbst auf die Familie zu und fragte, ob sie wechseln und ihre Milch nach Dechow liefern möchten. Die Vorzugsmilch ist ein Aushängeschild für die Landwirte und für die Molkerei. Dafür akzeptiert die Firma auch die schwankenden Liefermengen. In der Urlaubszeit, wenn in der Direktvermarktung Flaute ist, gibt es mehr Milch.

Dieser Biobetrieb passt sich seit 30 Jahren den Änderungen des Marktes an. Da ist ein fester Punkt, der bleibt,

wichtig und das ist der Hofladen.

Astrid Thomsen,
freie Journalistin

Betriebsspiegel:

Tüttendorf, Schleswig-Holstein:
www.biohof-rzehak.de
65 ha Land, Weide, Futterbau und Brotgetreide.
45 Milchkühe plus Nachzucht, 2 Angler-Sattelschweine.
Vermarktung der Milch direkt und etwa ein Drittel der Gesamtmenge an die Gläserne Molkerei in Dechow, Mecklenburg-Vorpommern.
Arbeitskräfte: Betriebsleiter: Anne (60) und Harald Rzehak (65), ein Lehrling, eine Teilzeitkraft für die Milchverarbeitung: jüngste Tochter Tonia Rzehak (27). Ab August 2017 Hofübernahme durch Sohn Yannick Rzehak (30) und Freundin Anna (26). Beide arbeiten seit einiger Zeit mit.
Vermarktung von Fleisch und Wurst der eigenen Tiere, Vorzugsmilch, pasteurisierte Milch, Sahne, Quark und Joghurt. Der Hofladen (40 m²) führt außerdem ein Trockensortiment, Eier, Kartoffeln, Säfte und Bier. Diese Produkte werden zugekauft.
Direktvermarktung über den Hofladen, Lieferservice dreimal die Woche mit eigenem Kühlwagen an Kindergärten, Naturkostläden, Großküchen und Privatpersonen. Seit zwei Jahren auch Teilnahme an einer Solawi (Solidarische Landwirtschaft). Das sind Privatpersonen, die sich zu einer Gruppe zusammengeschlossen haben und von insgesamt vier Biobetrieben aus der Nähe von Kiel mit Lebensmitteln versorgt werden und dafür einen monatlichen Festbetrag zahlen.

Innerfamiliäre Hofübernahme – ein langer Prozess!

Selbstorganisiertes Seminar bringt Austausch für Hofkinder zu ihrer Übernehmer*innenrolle

Draußen ist es ungemütlich geworden. Wir sitzen lauschend im Kreis. In der warmen Diele auf Hof Grafel in Niedersachsen bekommen wir im November 2016 Einblicke in das Hofleben einer Seminar-Teilnehmerin. Sie teilt ihre Fragen mit uns: „Wie kann die Kommunikation und die neue Rollenverteilung mit den Geschwistern, den weichenden Erben, gelingen?“ „Wie kann ich neue Ideen und Veränderungen einbringen und gleichzeitig die Arbeit und Erfahrungen meiner Eltern würdigen?“ Fragen, die viele von uns zwölf (potentiellen) Hofübernehmer*innen bewegen.

Voneinander, füreinander, miteinander

Das Seminar „Innerfamiliäre Hofübernahme – die eigene Hofnachfolge“ findet auf einem Hof mit langer Geschichte statt. Zwölf Generationen haben auf Hof Grafel bereits gelebt, gewerkelt und ihre immer wieder neuen Konzepte umgesetzt. Die Idee für dieses Wochenendseminar entstand aus dem Wunsch nach Austausch und Vernetzung mit anderen Hofkindern sowie aus der Frage, wie wir dem Höfesterben entgegenwirken können. Die Organisation des Treffens haben wir selbst in der Hand. Wir alle stehen vor der großen Lebensfrage und -aufgabe der Hofübernahme. Während des Seminars erleben wir, wie unterstützend es sich anfühlt, zusammen über Besitz- und Wohnverhältnisse, Hierarchien, Entscheidungen, Betriebsumstellungen, Genderfragen, Abfindungen, Wünsche und die Realität zu sprechen.

Familienbetriebe als Systeme

Wie komplex unsere Situation ist, wird schon am ersten Abend klar. Die Gastreferentin Dr. Marianne Nobelmann, Beraterin für Familienunternehmen und Betriebsgemeinschaften in der Landwirtschaft, führt in die Paradoxien von eben diesen Familienunternehmen ein. Das Dreikreise-Modell, das sich aus den Bereichen Familie, Betrieb und Eigentum zusammensetzt, verdeutlicht unsere Situation. Als Übernehmer*innen sind wir zugleich Teil des Betriebs, Teil der Familie und Eigentümer*in, sollten wir uns nicht entscheiden, das Erbe mit einer Hofgemeinschaft zu teilen. Unsere Geschwister hingegen gehören als weichende Erben „nur“ zur Familie, während Mitarbeiter*innen lediglich dem Betrieb angehören. Das Unternehmen folgt der Logik der Ungleichheit. Positionen und Gelder werden nach Qualifizierung und Leistung verteilt. In den Kreisen Eigentum und Betrieb wird unternehmerisch gehandelt.

Die Logik der Familie ist jedoch eine andere. Es geht um Gleichheit und Zugehörigkeit. Das Wohl des/der Einzelnen steht im Mittelpunkt. Beispielsweise sollen im Familienkreis die Hoferb*innen und Geschwister gleichermaßen bedacht werden. Vielleicht gibt es große Konflikte, die immer wieder von der Arbeit abhalten, doch Übergeber*in und Übernehmer*in machen zusammen weiter. Vielleicht haben Geschwister Wünsche, die aus familiärer Sicht nachvollziehbar, aber betrieblich gesehen schwer zu erfüllen sind. Kein „Schneller, besser, weiter“ bestimmt, wer zum Familienkreis gehört. Das ist schön, auch anstrengend, herausfordernd, gemeinschaftsfördernd und eine Besonderheit an Familienbetrieben und an generationsübergreifendem Leben auf dem Land. Es widerspricht nur grundlegend der Logik eines wirtschaftlich ausgerichteten Unternehmens. An uns wird eine paradoxe Anforderung gestellt: „Werde der Logik der Familie und der des Unternehmens zugleich gerecht!“

Wie sollen wir das schaffen? Müssen wir uns den wirtschaftlichen Zwängen überhaupt unterstellen, oder gibt es alternative Wege? Uns wird klar, dass im Übernahmeprozess Konflikte unausweichlich sind, innere wie äußere, und dass das normal ist. Wir können beiden Anforderungen gleichzeitig nicht gerecht werden und nehmen keinen leichten Standpunkt ein. Gleichzeitig sind wir z. B. Tochter, Schwester, Enkelin, Betriebsleiterin oder Mitglied einer Hofgemeinschaft, Partnerin, Eigentümerin, Verantwortliche. Meist ist nicht klar, aus welcher Rolle heraus wir kommunizieren. Äußere ich als junge Hofübernehmerin einen Änderungsvorschlag für die Gemüsegärtne-

rei, kann dieser vom Senior als persönliche Kritik mit dem Ohr des Vaters gehört werden.

Konflikte werden kollegial analysiert

Während des Seminars erproben wir in Rollenspielen, wie unterschiedliche Blickwinkel sichtbar gemacht werden können und die Bedürfnisse und Erwartungen der Beteiligten auf den Tisch kommen. Oft denken wir: „Das kommt mir bekannt vor!“ und sind überrascht, wie ähnlich uns die Konflikte auf unseren Höfen erscheinen.

Übernehmende werden Übergebende

Die „Alten“ auf Hof Grafel erzählen von ihrer Geschichte. Uns wird klar, dass auch sie einmal Übernehmende waren und somit in ihrem Leben an zwei Übergaben beteiligt sind, jetzt 40 Jahre später in einer ganz anderen Rolle als damals. Ob es nicht auch ein Seminar für Übergeber*innen geben könnte? Tolle Idee!

Für uns ist nach drei Tagen am Seminarende klar, dass wir uns wieder treffen. Wenn möglich, jedes Jahr auf einem anderen Hof, sodass wir über die Jahre Menschen und Orte kennen lernen, an denen die innerfamiliäre Hofübernahme Thema ist. Die vielen Fragen und die Herausforderungen, mit denen wir angereist sind – sie sind immer noch da. Aber wir sind dankbar für den ehrlichen Austausch und fahren mit Wind im Rücken nach Hause.

Kathrin Peters, Elisabeth Fresen,

Vera Müller

Vom 24. bis 26. November 2017 geht es in die nächste Runde. Neue Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind herzlich willkommen! Anmelden und weitere Infos über: rtf-kartoffel@riseup.net



Das Spannungsfeld Familie und Betrieb als immer wieder neue Aufgabe

Foto: Herzog

Leserbrief zu Bauernstimme 7/2017, „Ich bin Bauer und kein Unternehmer“

Der Beitrag über Sven Hehn ist ein schönes Beispiel für die bodenständigen und menschlichen Werte, die in dem „Lebensmodell“ einer bäuerlichen Landwirtschaft tief verwurzelt sind. Trotzdem, oder gerade deswegen, möchte ich dazu auffordern, den Begriff „Unternehmer“ differenzierter zu betrachten. Ich behaupte sogar: Unternehmer sein ist die Voraussetzung für eine bäuerliche Landwirtschaft.

Der Begriff des Unternehmers, so wie er von Sven Hehn dargestellt wird, erweckt das Bild von einem nur auf Profit ausgerichteten Menschen, dem das Wohlergehen seiner Mitarbeiter, und dazu zähle ich jetzt auch beispielsweise die Kühe und den Ackerboden, egal ist. So ein Verhalten lässt sich in der Wirtschaft oft beobachten, wird aber der Qualität eines Unternehmers im besten Sinne überhaupt nicht gerecht.

Wenn wir dieses negative Urteil über Unternehmer im Sinne von Profitgier jetzt beiseite lassen, müssen wir erkennen, dass jeder selbstständige Landwirt (oder Landwirtin) Unternehmer IST, der seinen Betrieb führt, verantwortet und durch seine Person prägt. Egal, wie groß der Hof ist oder wie viele Mitarbeiter dort beschäftigt sind. In jedem wirtschaftlichen Unternehmen sind die Rollen des Unternehmers, des

Managers und des Facharbeiters vorhanden. In der Landwirtschaft werden diese drei Rollen oft vom Betriebsleiter (oder der Betriebsleiterin!) in einer Person ausgeführt. Am Beispiel des Melkens soll das kurz dargestellt werden:

Als Facharbeiter führt er (oder sie!) das Melken aus, produziert tatsächlich das Produkt, mit dem Geld verdient wird. Als Manager ist er für Arbeitsabläufe zuständig, macht Arbeitspläne und sichert durch die Definition von Prozessen Qualität und Effizienz. Der Unternehmer hat den ganzen Betrieb im Blick: Größe des Bestandes, Melkstanderweiterung oder Umstellen auf Roboter, Auswahl und Motivation der Mitarbeiter, Formulieren und Vorleben der Unternehmenskultur auf dem Betrieb, Erarbeiten einer Vision, wozu der Hof sich langfristig entwickeln soll. Damit ein Unternehmen im besten Sinne funktionieren und sich gesund entwickeln kann, müssen alle diese drei Rollen und ihre spezifischen Aufgaben bewusst ergriffen und gelebt werden!

Der eigentliche Sinn und Zweck eines jeden Unternehmens ist es, Nutzen für den Kunden zu schaffen. Im Fall der Landwirtschaft sind das wohlschmeckende und gesunde Lebensmittel (sowie weitere Nutzen

wie Bodengesundheit, saubere Luft und Wasser usw.). Die Kunden ermöglichen mit dem Kauf der Produkte, dass der Betrieb weiter wirtschaften kann und auch zukünftig diesen oder einen größeren Nutzen anbieten kann. Dafür ist es unerlässlich, Gewinne zu erwirtschaften und diese in die Vision, in die Unternehmenskultur und in die Entwicklung der Mitarbeiter (inkl. Boden, Kühe usw.) wieder zu investieren. Gewinn ist also notwendige Voraussetzung, um einen zunehmenden Nutzen für die Kunden herstellen zu können. In diesem Sinn ist „Gewinn erzielen“ überhaupt nicht moralisch verwerflich, sondern ist Pflicht des Unternehmers, um ein hervorragendes Unternehmen führen zu können, für seine Mitarbeiter und seine Kunden.

Insofern schließt sich bei dieser Betrachtung der Kreis anders herum: Erst, wenn ich mein Unternehmer-Sein richtig ergreife und den Betrieb in die Richtung voranbringe, dass er wirtschaftlich gesund ist und seinen Zweck, Nutzen zu schaffen, erfüllen kann, dann realisiere und sichere ich das Lebensmodell einer bäuerlichen Landwirtschaft.

Peter Jantsch,
Stade

Leserbrief zu Bauernstimme 6/2017: Solare Schattenseiten

Wenn wir das Abkommen der UN-Klimakonferenz 2015 mit dem Ziel einer Erderwärmung von maximal 1,5 Grad ernst nehmen sollten, so hat dies Konsequenzen für unsere Energieversorgung.

Als kurze Einführung über die Notwendigkeit und zu Größenordnungen technischer Lösungen sei hier auf Prof. Volker Quaschnig (Vortrag auf YouTube: Wie viel Photovoltaik brauchen wir?) verwiesen, der mit Photovoltaik auf 0,6 Prozent der Landesfläche kalkuliert. Rechnet man die Hälfte als Freiflächen-PV, so werden in Deutschland rund 100.000 Hektar – aktuell wohl überwiegend landwirtschaftlich genutzte – Fläche hierfür benötigt werden.

Die Befürchtung, dass der „ohnehin vorhandene Konkurrenzkampf um die landwirtschaftliche Fläche weiter“ angeheizt wird, ist ein Szenario, dem es proaktiv zu begegnen gilt. Beispielhaft sei hier die Demeter-Hofgemeinschaft Heggelbach erwähnt, die sich an der Entwicklung von Agrophotovoltaik mit beteiligt. Das Beispiel sowie auch beweidete Solarparks zeigen: Es muss keine Flächenkon-

kurrenz sein; es kann auch eine sinnvolle Koexistenz geschaffen werden.

Der erwähnte Vergleich mit dem Flächenbedarf für Windkraft (83-mal mehr Fläche für PV als für Windkraft) ist wenig sinnvoll, da für die notwendige Energiewende die Windkraft in Deutschland bis zum maximal akzeptablen Grad genutzt werden muss und nicht für einen Ersatz

von PV-Strom zur Verfügung stehen kann. Ein anderer Vergleich sei jedoch angefügt: Die Photovoltaik benötigt gegenüber Biogas aus Mais keine fünf Prozent der Fläche für die gleiche Energiemenge! Und Biogas aus Mais ist eine echte Flächenkonkurrenz zu sinnvoller Landwirtschaft.

Aksel Uhl,
Freudenstadt

Berichtigung Ausgabe 07-2017

Leider ist uns im Artikel „Welche Umbaulösung für die Altställe?“ aus dem Schwerpunkt der letzten Ausgabe der Unabhängigen Bauernstimme ein Fehler passiert. Bedauerlicherweise entsteht so bei der Beschreibung des Auftretens von Schwanzbeißern auf dem vorgestellten Betrieb eine falsche Größenordnung. Der Betrieb der Familie Ahrens-Westerlage versorgt bei den Schweinen einer Mastperiode im Schnitt drei bis fünf Prozent Verletzungen durch Schwanzbeißern. Der Anteil aktiver Schwanzbeißer liegt mit ungefähr 0,3 Prozent deutlich niedriger.

Die Redaktion



Knick Kalender 2018

Dieser Fotokalender wird mitnichten geknickt und enthält auch keine Faltbasteibögen – es geht um Hecken, Feldgehölze, die in Schleswig-Holstein Knicks heißen. Der Name kommt vom Knicken, dem Einkerbten und Umbiegen der Strauchgehölze. Durch diese regelmäßige Pflegemaßnahme wird der Knick verjüngt und insgesamt dichter. Die Fotos von Christian Kaiser zeigen schleswig-holsteinische Knicks in allen Jahreszeiten: Luftaufnahmen, besondere Einzelgehölze und

Stimmungen. „Wie ein über das Land geworfenes Netz gliedern Knicks die Landschaft auf der Geest“, heißt es in der Verlagsbeschreibung. Schön – und ein kleiner Beitrag zur Wertschätzung unauffälliger Randstrukturen! *cw*

Christian Kaiser, Der Knick 2018, Fotokalender, KJM Buchverlag Norddeutsche Landschaften, 13 Motive, Monatskalendarium, ISBN 978-3-945465-46-2, 32,00 €, zu beziehen über den AbL Verlag



Hummeln bestimmen

Im Überschwang des sommerlichen Gesummes im Garten und auf der Obstwiese kam die Verlagsankündigung, ein Feldbestimmungsschlüssel für Hummeln sei nun verfügbar, gerade richtig. Wer fliegt da eigentlich alles – mit gelben Ringeln oder orangem Streifen? Ganz so mal eben schnell funktioniert es dann natürlich nicht. Eine Einführung zu Beginn des kleinen Bändchens sorgt für einen kurzen Einblick in Biologie und Körperbau der

emsigen Tierchen. Auch wie der Schlüssel zu benutzen ist, wird leicht verständlich auch für Anfänger mit Bestimmungsschlüsseln erklärt. Hauptsächlich wird die Färbung der Behaarung als Merkmale zum Bestimmen genutzt. Das lebende Tier kann mit einer Lupe und kurzzeitig in einem durchsichtigen Gefäß festgehalten mit Schemazeichnungen Schritt für Schritt verglichen werden. Also durchaus genau hingucken und nicht den Faden

verlieren. Wer daran aber Spaß hat und wissen möchte, wer da so vorbeifliegt, sollte es einmal versuchen. *cw*

Gokcezade, Gereben-Krenn, Neumayer: Feldbestimmungsschlüssel für die Hummeln Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, Quelle & Meyer 2017, ISBN 978-3-494-01715-0, 56 Seiten mit 196 Schemazeichnungen, 7,95 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag

Verbrannte Mandeln

Die beiden Autoren Marianne Landzettel und Wilfried Bommert nehmen den Leser mit zu einer Reise nach Kalifornien, Iowa und Oregon in den USA. Nach Brasilien, Afrika und Europa und zeigen direkt und vor Ort die Auswirkungen des Klimawandels auf die jeweiligen Regionen, die Probleme und Veränderungen mit denen die Landwirte konfrontiert werden. In Kalifornien herrscht seit sechs Jahren Dürre. Wer hat ein Anrecht auf Wasser? Die Farmer, die Bewohner der großen Städte wie Los Angeles oder ist

es der Umweltschutz. In Brasilien wird es dem Soja in manchen Regionen zu trocken. Missernten sind die Folge. Mit globalen Auswirkungen, denn die europäische Tierhaltung ist eng mit der südamerikanischen Sojaproduktion verwoben und auf diese angewiesen. Dem spanischen Almería mit seinem Gemüseanbau unter einem Meer von Plastikfolien könnte der Klimawandel ebenso seine Grundlage entziehen wie den Bauern im Niltal. Die pünktlich zur Spargelsaison frisch gelieferten Frühkartoffeln sind ganz direkt in ihrer

Existenz bedroht. Die beiden Autoren schildern eindringlich mit vielen Fakten und Fachwissen die schon jetzt zu sehenden Veränderungen durch den Klimawandel, der noch immer nicht überall als zu beeinflussende Entwicklung anerkannt ist. Lesen und handeln – nicht verzweifeln! *mn*

Marianne Landzettel, Wilfried Bommert, Verbrannte Mandeln; DTV, ISBN: 978-3-423-26157-9; 16 Euro 90, zu beziehen über den AbL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stührwaldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Oktober ist der 15. September 2017**
Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Sonstiges

- **Bäuerliches Handwerk** sinnvoll lernen! Professionelle Sensen- und Dengelkurse auf dem HahnHof in Oberbayern und bei Ihnen vor Ort. Historische Sensenausstellung - Vorträge - Vorführungen bei Hoffesten - Organisation und Moderation von Sensenwettkämpfen - Sensenwerkstatt- Kultur rund um die Sense. www.HahnHof.info
- **Treckerreifen.** Fax: 04881 - 7452 ☎ 04881 - 937567
- **Kochen und Heizen mit Holz.** Künzel Heizungsherd, 20 KW Bj. 11 / 2016, 20 % unter Neupreis zu verkaufen. ☎ 0178 57 26 027

Freie Mitarbeit für Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen oder vergleichbare Qualifikationen.



Sind Sie begeisterungsfähig, kreativ, erfahren und nervenstark? Wir suchen Sie für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Ihrem eigenen Haushalt. Wir bieten: fachliche Begleitung, Austausch im inländischen und ausländischen Stiftungsnetzwerk, ein faires Honorar.

Stiftung Leuchtfeuer, Tel. 05251 / 387 46 35
Karlstraße 33, 33098 Paderborn,
E-Mail: jwestermeyer-boese@stiftung-leuchtfeuer.de
www.stiftung-leuchtfeuer.de

Sauenhalter gesucht!

Seit über 25 Jahren ist NEULAND ein erfolgreiches Qualitätsfleischprogramm, das für artgerechte und umweltschonende Tierhaltung steht. Das aktuelle Preishoch ist der richtige Zeitpunkt, um in die Zukunft Ihres Betriebes zu investieren: **Wir suchen Sauenhalter für Ferkelerzeugung nach NEULAND-Kriterien.** Garantierter Ferkelfestpreis auf 25 kg - Basis.

Kontakt: NEULAND e. V.
Verena Preußner
Telefon: 030/25799784
verein@neuland-fleisch.de



HANDEL VON BAUER ZU BAUER!



Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:

www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

☎
05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Veranstaltungen

„GEKÜNDIGT BEIM DMK - UND WAS NUN?“

Informationsveranstaltungen mit Dr. Karin Jürgens und Peter Guhl, MEG Milch Board

28.08.2017, 10.30 Uhr, Dahlskamp, Verdener Str. 16, 27232 Sulingen
28.08.2017, 20 Uhr, Hotel Daub, Bahnhofstr. 2, 27432 Bremervörde
29.08.2017, 10.30 Uhr, Gaststätte Meta, Kirchstraße 1, 26835 Hesel
29.08.2017, 20 Uhr, Markthalle Rodenkirchen, Am Markt 6, 26935 Stadland

Heimische Eiweißfrüchte - Wo stehen wir jetzt? Abschlussveranstaltung von „Eiweißfutter aus Niedersachsen“

13.09.2017, 10.00-13.00 Uhr, Hannover

Einführung, Statements und Diskussionsrunde mit den folgenden Teilnehmern:

- Eberhard Prunzel-Ulrich, Projektleiter EFN
- Carolin Grieshop, Geschäftsleiterin KÖN
- Christian Meyer, Nieders. Minister für Ernährung & Landwirtschaft
- Wolfgang Johanning, konv. Milchviehalter mit eigener Molkerei
- Christian Schlegel, konv. Ackerbauer mit Mobilställen für Legehennen und regionaler Vermarktung
- Alexander Hissting, Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG)
- Torsten Stehr, Stader Saatzeit eG/Fava Trading GmbH & Co. KG, Lieferant hochwertiger Hülsenfrüchte aus Deutschland

Moderation: Dr. Karin Jürgens
Ort: Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover



Tagung

22. - 23. 09.2017 Hofgeismar

Frei und fair? Internationaler Agrarhandel im Interesse von Mensch und Umwelt

Profitieren vom Freihandel nur die globalen Konzerne oder auch die weltweite Ernährungssicherheit? Ist durch die neue US-Regierung eine Renaissance des Protektionismus zu erwarten? Kann der internationale Handel mit Bioprodukten eine sinnvolle Strategie sein? Wie kann vermieden werden, dass soziale und ökologische Standards kleine ProduzentInnen benachteiligen? Ist der Faire Handel eine Alternative? Diskutieren Sie mit!

Ort: Evangelische Tagungsstätte, 34369 Hofgeismar
Anmeldung und weitere Informationen: www.akademie-hofgeismar.de

„Ökolandbau zwischen Innovation und Tradition“
Öko-Junglandwirte-Zukunftspreis 2017
Bewerbung bis zum 01.09.2017 möglich. Der Preis wird verliehen für besonders herausragende und zukunftsweisenden Tätigkeiten, Projekte und Initiativen. Jetzt bewerben!

Öko-Junglandwirte-Tagung 2017
Vom 3. bis 5. November 2017 in Fulda. Die Anmeldung ist ab dem 03.09.2017 online erreichbar. Wir freuen uns auf euch!

Mehr Infos: www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de

Projektleiter gesucht: „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“



Ziel des zweijährigen Projektes ist es, die Züchtung und Vermehrung von regional angepasstem, widerstandsfähigem Saatgut von Getreide und Gemüse zu koordinieren und zu begleiten. Durch Veranstaltungen soll das Wissen zu vielfältigem, bäuerlichem Saatgut bei Landwirten und Gesellschaft erweitert werden.

Anforderungen:

- Abgeschlossenes agrarwissenschaftliches Hochschulstudium
- Kenntnisse und Erfahrung im Umgang mit Saatgut

Umfang:

- Vollzeitstelle (40 h/Woche) auf zwei Jahre befristet
- Vergütung in Anlehnung an TVöD E13
- Arbeitsort: Hamm/Westf.

Bewerbungsunterlagen bitte an: nrw@abl-ev.de
Weitere Informationen: Tel.: 02381/9053170 und 02381/9053171

Das Projekt „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“ wird gefördert durch die



Agrarpolitik nach der Wahl

30.08.2017, 19 Uhr, Hannover
NABU und BUND laden zur Diskussionsrunde über Landwirtschaft mit Politikern vieler Parteien.

Ort: Pavillon am Raschplatz, Hannover, Anmeldung: Christiane.Weber@nds.BUND.net

Nachhaltige Entwicklung

04.09.2017, 11 Uhr, Berlin
Konferenz: Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie.

Information und Anmeldung: Dr. Sonja Grigat: s.grigat@venro.org

Aktionstour...

06.-09.09.2017

... vor der Bundestagswahl!
www.wir-haben-es-satt.de

Agrarpolitisches Bauernfrühstück...

15.09.2017, 11.00 Uhr, Berlin
... am Brandenburger Tor mit Politiker/innen der Parteien. Vorstellung unserer Botschaft zur Wahl und Diskussion mit den Agrarpolitikern.

Das grüne Gold

Kinodokumentarfilm über die verheerenden Folgen von Landraub für Millionen von Menschen.

Erste Termine:
30.8.-17.09. Parkinsel, Ludwigshafen
21.09.-01.10. Afrika Film Festival, Köln
28.09. Casablanca, Oldenburg

Menschenrechtsverletzungen

20.09.2017, 19.30 Uhr, Freising
Informationsveranstaltung. UN-Menschenrechtsausschuss fordert: Stop von Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien, Stop von Gen-Mais in Kolumbien. Reduziert Zunahme von Armut und Unterernährung und garantiert die Erhaltung der Lebensgrundlagen der Ureinwohner.

Ort: Pfarr-Saal von Sankt Georg, Rindermarkt 3, 85354 Freising

Keine Gensoja!

27.09.2017, 19.00 Uhr, München
Maya-ImkerInnen der mexikanischen Halbinsel Yucatán wehren sich gegen Monsanto und die eigene Regierung. Mexikanische Delegation informiert über ihren Bericht vor dem Menschenrechtsausschuss der UNO und ihre Arbeit vor Ort.

Ort: Eine-Welt-Haus, München

SoLawi Herbsttagung

10.-12.11.2017, Kassel
Herbsttagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft, Zeit für Austausch und Diskussion.

Anmeldung und Infos unter www.solidarische-landwirtschaft.org

Innerfamiliäre Hofübernahme

24.-26.11.2017, Rotenburg/Wü.
Für Menschen, bei denen eine familiäre Übergabe ansteht, die schon übernommen haben oder die sich zum „ob überhaupt“ Gedanken machen.

Anmeldung bis 30.09.2017 an rtf-kartoffel@riseup.net



Termine

Weitere Termine, Treffen und Stammtische unter: www.abl-ev.de/termine und auf den Homepages der Landesverbände!

AbL Vorankündigung AbL Bundesmitgliederversammlung
 08.-10. Dezember 2017

Achtung Neuer Tagungsort!

Die AbL Tagung und Bundesmitgliederversammlung findet in diesem Jahr in Hofgeismar statt:
 Evangelische Tagungsstätte Hofgeismar
 Gesundbrunnen 8
 34369 Hofgeismar

Antragsschluss zur AbL-Bundes-MV ist der 26. Oktober 2017.
 Das Programm und alle notwendigen Infos werden rechtzeitig bekannt gegeben.

AbL Wintertagung der Jungen AbL
 07.-08. Dezember 2017

Die Tagung der Jungen AbL findet vor der Bundesmitgliederversammlung in Hofgeismar statt.
<http://junge-abl.de/>

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung: Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Geschäftsstelle: Lea Unterholzner, Tel: 04239-9440056; info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Geschäftsstelle: Christian Vieth, Weingasse 10, 36199 Rotenburg a.d.Fulda,
Tel: 06623 9157 386, hessen@abl-ev.de
Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannal@web.de; Tel. 08656/393
Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de; Konrad Zanklmaier, Tel.: 08725-304, Tel. 08725/304, konrad.zanklmaier@t-online.de
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; abllallgaeu@gmx.de, Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512;
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp[at]web.de, Hans Zacherl Tel. 08146/9127; hanslangwied@gmail.com
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de, Gabriel Deinhardt, Tel: 09194/8480, gabriel.deinhardt@gmx.de
Erding-Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de; Elisabeth Reis, Tel. 08091-4144; Max.reis@t-online.de; Mathias Lohmeier Tel. 08081-938335; mathias.lohmeier@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de, Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,
Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen-Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;
Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;
Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum **unabhängige Bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 105,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 140,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 50,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 75,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 - 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Die Unabhängige Bauernstimme zieht Kreise!

Herzlichen Dank an alle, die sich in den vergangenen Wochen bei uns gemeldet haben, und ihr Bauernstimmenabo zu einem Förderabo gemacht haben, die Abos verschenken, ihren AbL Mitgliedsbeitrag erhöhen und die Gelegenheit nutzen, um AbL-Mitglied zu werden. Es zeigt uns, dass unsere Arbeit wertgeschätzt wird und wir auf einem

guten Weg sind. Aber nur in einer großen Gemeinschaft können wir Gehör finden. Daher gehen unsere Werbekampagnen im Herbst weiter.

Wir sammeln auch weiterhin Adressen von potentiellen Lesern, denen wir drei Monate die Unabhängige Bauernstimme schenken können. Alle, die sich noch an der Unterstützungsaktion be-

teiligen wollen, können den Flyer von der AbL Homepage herunterladen: www.abl-ev.de Wir können Details und Rückfragen auch gerne direkt klären. Rufen Sie an: Telefon 02381 49 22 88 oder schicken Sie eine Mail: verlag@bauernstimme.de.

Noch ein Hinweis: Die Homepage www.abl-ev.de wurde neu gestaltet,

schaut doch mal rein! Hier findet ihr aktuelle Pressemitteilungen, AbL Positionspapiere und viele weitere Infos zur AbL-Arbeit!

Es gibt noch viel zu tun!

Georg Janßen und Vera Thiel



Direkt Künstlerisch sehen die Gemüsekreise der bauerngarten-Teams in Berlin aus

Foto: bauerngarten

unabhängige bauernstimme: Eine runde Sache

09/2017

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,90 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30,50 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 17,- € bzw. 34,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.